

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ke 16.-
vierteljährlich 48.-
halbjährlich 98.-
jährlich 192.-

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
lieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich (rüh.).

11. Jahrgang.

Mittwoch, 29. April 1931

Nr. 101.

Ein Drittel für den Militarismus Zahlen aus Rußland.

Rom, 28. April. Nach dem Rechnungsab-
schluß des italienischen Staates für 1929/30, der
gestern in der Kammer verlesen wurde, betragen
die Gesamteinnahmen 19.838 Millionen Lire,
die Gesamtausgaben 19.668 Millionen Lire. Die-
von entfallen auf das Kriegsministerium 1.343
Millionen Lire, auf die Landesverteidigung
4.368 Millionen Lire. Der Schuldendienst erfor-
dert 4.154 Millionen Lire.

Zollunion und Völkerbund.

Genf, 28. April. (Wolff.) Vom Völkerbund-
sekretariat wird jetzt offiziell bestätigt, daß Ende
der vergangenen Woche, wie kurz vorher ange-
kündigt, Einladungen an die öster-
reichische und tschechoslowakische
Regierung ergangen sind, in denen die beiden
Regierungen darauf aufmerksam gemacht werden,
daß das deutsch-österreichische
Protokoll über die Zollangleichung
auf der Tagesordnung der Ratstagung im
Mai steht und daß aus diesem Grunde ihre An-
wesenheit in Genf erwünscht ist. Damit
betreitet der beiden Regierungen auf Beschluß
des Rates an den Verhandlungen über den be-
treffenden Punkt der Tagesordnung teilnehmen
sollten. Derselbe Einladungs ist auch an die bel-
gische Regierung gerichtet worden, weil
Belgien nachträglich dem Antscheprotokoll im
Jahre 1922, das bei den Erörterungen im Rat
eine Rolle spielen wird, beigetreten ist.

„Ruffengeschäft“ durch Urkunden- fälschung.

Berlin, 28. April. Die Staatsanwaltschaft I
hat Anklage gegen den Kaufmann und Apotheker
Uralzoff und den Dresdener Rechtsanwalt Dr.
Lutz wegen Betruges und fälscherlicher Urkunden-
fälschung erhoben. Die Anklage betrifft das so ge-
nannte Ruffengeschäft. Uralzoff hat von
der Raiffeisenbank in den Jahren 1924 bis 1925
Millionen Kredite erhalten. Anfang 1926
verlangte die Raiffeisenbank Aufklärung, wie
dieses Geld investiert sei. Uralzoff erklärte u. a.,
daß er sich mit dem Geld an Arzneimittel- und
Chemikalienlieferungen eines gewissen Stromberg
nach Sowjetrußland beteiligt habe. Die Raiffeisen-
bank gab sich mit dieser Erklärung zufrieden und
Uralzoff erlangte mit Rücksicht auf diese schweben-
den Geschäfte von der Raiffeisenbank neue
Kredite. Uralzoff hatte zur Glaubhaftmachung
des Geschäftes Urkunden vorgelegt, die sich
als gefälscht herausstellten. Rechtsanwalt
Dr. Lutz hat in beiden Fällen die Angaben
des Uralzoff unterstützt, und die Raiffeisenbank
zum Teil auch zur Geldhergabe an sich veranlaßt.
Wegen der übrigen Kredite ist gegen Uralzoff und
Rechtsanwalt Dr. Lange die Voruntersuchung
eröffnet.

347.000 Wohlfahrtserwerbslose in den deutschen Landkreisen.

Berlin, 28. April. In den deutschen Land-
kreisen wurden nach einer Statistik des Deutschen
Landkreistages am 31. März 1931 347.000 lau-
fend unterstützte Wohlfahrtser-
werbslose festgestellt. Gegenüber dem Stande
vom 28. Februar 1. J. (342.000) bedeutet dies eine
Steigerung um 5000 oder 1,5 Prozent. Dem-
nach hat im Gegensatz zur Arbeitslosen-
versicherung und Arbeitsvermittlung, die im
März 1. J. eine Entlastung erfahren
haben, die finanzielle Belastung der Land-
kreise durch die Wohlfahrtserwerbslosenfrage
sich weiter erhöht.

Der Kampf der dänischen Arbeiter.

Kopenhagen, 28. April. Nach erhöhten An-
forderungen der letzten Tage ist es heute gelungen,
zu einem Einverständnis zwischen den Ar-
beitgebern und den Gewerkschaften zu kommen.
Die große Aussperrung, die heute abends für
50.000 Arbeiter hätte eintreten sollen, ist somit
vermieden. Nur die Arbeiter der Schuh-
fabriken, die die Vorschläge des staatlichen
Schlichters ablehnten, werden heute abends in
einer Anzahl von ungefähr 2500 aus-
gesperrt werden.

Snowden-Rede und Londoner Börse.

London, 28. April. Der günstige Eindruck
der Budgetrede Snowdens fand heute an der
Börse seinen Ausdruck in einer leichten Hausse-
bewegung der britischen Staatspapiere.

Genosse Paul Loebe in Prag.

Eine Massenversammlung in der Produktenbörse. — Mißglückte Störungsversuche der Hakenkreuzler. — Blinde Schüsse und Stinkbomben als Argumente des Dritten Reichs.

Prag, 28. April. Heute fand im Saal der
Produktenbörse eine von der Bezirksorganisation
Prag der deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
veranstaltete Versammlung statt, in der Genosse Paul Loebe,
Präsident des deutschen Reichstages,
über „Demokratie, Faschismus und
Sozialismus in Europa“ sprach. Die
Versammlung war die größte Kundgebung,
die unsere Partei in den letzten Jahren in Prag
veranstaltet hat. Sie war von nahezu zweitausend
Menschen besucht und lange vor Beginn war der
Niesensaal der Produktenbörse bis auf das letzte
Platzchen besetzt. Es waren zahlreiche tschechische
Genossen und neben einer Reihe von paries-
genössischen tschechischen und deutschen Parlamen-
tarierern Vertreter der deutschen und österreichischen
Gesandtschaft sowie einzelne Parlamentarier der
gegnerischen Parteien erschienen.

Saum hatte Genosse Schönfelder die
Versammlung eröffnet, begann eine Haken-
kreuzlerplatt, anscheinend aus tschech-
ischen Gefolgeleuten der Herren Jung und
Krebs bestehend, mit den ihr angemessenen
Mitteln die Auseinanderleitung.

Die nationalsozialistischen Gelmannen gaben
aus Redolbern Schüsse gegen die Rede des
Genossen ab, warfen Knallerbsen und endlich
machten sie ihren Gefühlen mit Stinkbomben
Luft.

In dem dichtgedrängten Saal hätte leicht eine
Panik entstehen können, die Besonnenheit unserer
Ordner verhinderte jedoch gefährliche Folgen der
nationalsozialistischen Lausbuben. Die Re-
sponserhelden wurden an die Luft gejagt
und eine rasche Räumung des Saales besorgte auch
den Gehalt, der vom Dritten Reich zurückgeblie-
ben war. Gegen Schluß der Versammlung ent-
standen allerdings

im Stiegenhaufe von neuem Kravalle, da
noch anwesende oder zurückgekehrte Haken-
kreuzler hier wiederum zu Hänkern verjagten.
Da mittlerweile Polizei erschienen war, ließ sich

nicht verhindern, daß auch Verhaftungen vorgenom-
men wurden, zu dem sich in der Menge auch
Polizeispittel zu befinden schienen. Im Laufe der
Unruhe wurde Genosse Kewitzsch, der Se-
kretär unseres Senatsklubs, mit einem Schlag-
ring nicht unerheblich im Gesicht verletzt.
Der Täter konnte festgestellt werden.

Genosse Loebe konnte sein Referat in vol-
ler Ruhe — nur von tschechischen Beifallskund-
gebungen wiederholt unterbrochen — erstatten.
Er ging von dem Umsturz in Spanien aus, der
die Unhaltbarkeit aller Diktaturen aufzeigte.
Während die Anhänger der Diktatur in ihr ein
Rezept gegen die Wirtschaftskrise erblickten, fiel
die spanische Diktatur gerade über die Krise, die
eben von der Staatsform unabhängig ist. Ge-
nosse Loebe zeigte dann die Ursachen der Wirt-
schaftskrise auf, die nur durch die Beseitigung der
kapitalistischen Ordnung gelöst werden könne. Er
beschränkte sich des Weiteren mit dem deutschen
Faschismus, dessen Charakter als
gewalttätige Garde zum Schutze des Kapitalismus
er an zahlreichen Beispielen aufzeigte. Aus-
sichtlich erörterte er dann die Gründe der gegen-
wärtigen Politik der deutschen Sozialdemokratie.
Weiter sprach Genosse Loebe über die Krise der
Demokratie oder besser des Parlamentarismus
und endlich über die internationale sozialistische
Politik, wobei er auch

zur Zollunion Stellung nahm.
Nicht diese abzulehnen oder zu verhindern, sondern
Aufgabe der Sozialisten sein, sondern sie
durch den Anschluß anderer Staaten zu einer
europäischen Union auszugestalten.

Bei erbebenden und begeisterten Worten schloß
Genosse Loebe seine Rede, die wir in größerem
Ausmaß noch nachtragen werden. Dem Referat
folgte stürmischer langanhaltender Beifall.

Genosse Senatspräsident Sokup überlegte
das Wesentliche der Rede ins Tschechische. Die
Versammlung konnte dann in Ruhe abgeschlossen
werden.

Republik Spanien in Tätigkeit.

Verhaftung des ehemaligen Ministerpräsidenten Berenguer. — Erneuerung der Geschworenengerichte. — Schaffung eines Arbeitsgerichtes.

Madrid, 28. April. Der ehemalige Mini-
sterpräsident und Kriegsminister General Be-
renguer wurde in der Nacht auf heute ver-
haftet und auf Grund eines Beschlusses des Mi-
nisterrates und des seitens des Oberstaatsanwal-
tes gegen ihn erlassenen Haftbeschlusses in das Of-
fiziergefängnis gebracht. General Berenguer wird
sich wegen verschiedener Taten zu verantworten
haben, die er in der Zeit anordnete, wo er an der
Spitze der Regierung und des Kriegsmini-
steriums stand, so u. a. auch wegen der angeblich
von ihm ausdrücklich angeordneten Erschie-
ßung zweier aufständischer Offi-
ziere im vorigen Jahre. General Berenguer
sinnierte als seinen Rechtsvertreter den Ge-
neral Franco, den Bruder des bekannten Flie-
germajors Franco.

Der Oberstaatsanwalt hat auch gegen den
ehemaligen Oberbefehlshaber der Provinz Krago-
nien, General Fernandez Heredia, das
Strafverfahren angeordnet.

Unamuno Präsident der obersten Schulbehörde.

Madrid, 28. April. Der Kabinettsrat hat ge-
stern beschlossen, alle Minister, die während der
Zeit vom 30. September 1923 bis 11.
April 1931 im Amte waren, ihrer Pen-
sionsbezüge für verlustig zu erklären.
Die Regierung ist der Ansicht, daß die Erneu-
erung dieser Minister unerschwinglich er-
folgt sei.

Im Kabinettsrat wurde Miguel de
Unamuno einstimmig zum Präsidenten
des Obersten Rates für öffentlichen
Unterricht ernannt. Ferner wurde beschlos-
sen, daß als Geschworene bei Schwurgerichts-
prozessen fünfzigjährig auch Frauen in Frage
kommen.

Das Programm des Unterrichts- ministers.

Madrid, 28. April. Der spanische Unter-
richtsminister de los Rios äußerte sich einem
Vertreter des „Newre“ gegenüber, daß Fäde-
valismus, Trennung von Kirche und
Staat, Schaffung einer zweiten Kam-
mer, die Elemente der von ihm ausgearbei-
teten republikanischen Verfassung sein würden.

Die Nationalklage.

Madrid, 28. April. Der Kabinettsrat geneh-
migte gestern ein Dekret, durch das die Fort-
setzung der Nationalklage erklärt werden.
Ein anderes Dekret ordnet die Bildung
eines Gerichtes für Arbeiterfragen
im Obersten Gerichtshof an.

Madrid, 28. April. Einem gestrigen Be-
schluß des Ministerates zufolge werden die Ge-
schworenengerichte ab 1. September 1931 wieder
erneuert werden. Dem Verichte werden stets acht
Geschworene und drei Richter angehören.

Feuergefecht an der Küste von Madeira

Lissabon, 28. April. Gestern ist eine Abtei-
lung Regierungstruppen an der Küste von Ma-
deira gelandet, um die von den Aufständischen be-
nutzte Funktion unbrauchbar zu machen. Die
Aufständischen feuerten aus Geschützen auf die

Regierungsschiffe, wurden aber durch das Feuer
der Schiffgeschütze zum Schweigen gebracht. Un-
gefähr sechzig Aufständische ergriffen die Flucht.
Ein Sergeant und sechzehn Mann wurden gefan-
gen genommen. Nachdem die Funktion un-
brauchbar gemacht worden war, ging die Landungs-
abteilung wieder an Bord.

Klassen-Delikte.

Bekanntlich sind alle Staatsbürger nach
der Verfassungsurkunde vor dem Gesetz gleich.
Nehmen wir einmal an, dies sei tatsächlich
der Fall und es werde wirklich mit dem klei-
nen Mann nicht anders vor Gericht verfahren,
als mit dem Großkapitalisten. Nehmen
wir optimistischweise diese Voraussetzung
einmal als gegeben an — selbst in die-
günstigsten Fall, ergibt sich die Tatsache, daß
gewisse Gruppen von Delikten
tatsächlich nur von einer bestimmten
Klasse oder Schicht begangen
werden können. Es ist dies eine der sinnfälli-
gsten Auswirkungen der kapitalistischen
Ordnung, eine notwendige Folge der un-
gerechten und sinnlosen Güterverteil-
ung, die mit zu den Grundlagen dieser
Ordnung gehört.

Mit geradezu aufreizender Deutlichkeit
kommt einem der Begriff der „Klassen-
delikte“ zum Bewußtsein, wenn der Zu-
fall es will, daß in einem und demselben Ge-
richtsgebäude zur gleichen Zeit Prozesse statt-
finden, die als Muster und Schulbeispiel der
beiden Gattungen gelten können. Da findet
ein Nießenprozeß gegen fünf An-
geklagte statt, die ihr Kapital dazu be-
nutzten, eine Schwindfirma aufzubauen,
welche Millionen in sich hineinraß, bis end-
lich die leidtragenden Banken und sonstigen
Kreditgeber einen Verlust von 34 Millionen
Kronen zu beklagen hatten. Es waren Man-
der, die Kapital voransetzten, mit kapitalisti-
schen Wertbegriffen und Voraussetzungen
arbeiteten und nur in der Sphäre der kapi-
talistischen Privatwirtschaft möglich sind.

Oder man liest von der Millionen-
provision hoher Bankfunktionäre, von
Schiedungen großen Stils, zu deren Bewer-
telligung Gründungen von Auslands-
filialen notwendig waren, von Korrup-
tionskandalen, die meist irgendwie im
Sand verlaufen. Es sind durchwegs „Klassen-
Delikte“ reicher Wassere. Sie können ihrem
ganzen Wesen, ihren Voraussetzungen und
Methoden nach nur in jenem Milieu zustande-
kommen.

Gerade die Ausschließlichkeit, die Be-
schränkung auf jene Kreise, der reichen Pro-
duzenten, der Unternehmer — hat diese De-
likte in den Augen der oberen Schichten ein-
schließlich ihrer intellektuellen Nachläufer
ihres früheren entehrenden Charakters so
ziemlich entkleidet. Es ist jedenfalls ein selb-
staunes Bild, solche Angeklagte in traulichem
Gespräch mit Bekannten und Freunden oder
auch dem Herrn Gegenanwalt in den Ver-
handlungspausen ihre Jagareiten rauchen zu
sehen, beiter, frisch und guter Dinge. Warum
auch nicht? Sie sind auf freiem Fuße, der
gelungene Streich ist alles in allem eine
Empfehlung in Hochreisen und die Redens-
art: „So ein Gauner!“ schon längst eher eine
Anerkennung als ein Tadel. Und die paar
Monate, die sie bekommen werden —
du lieber Gott! man kann sich die Haft schon
erträglich machen. Und schließlich gibt es ja
noch Spezialärzte, die „Arreste“ ausstellen
können.

Und nun wenden wir uns dem Gegen-
pol zu, den Klassen delikten, zu welchen aus
diesen „gehobenen“ Schichten kein Weg führt.
Zwei Verbrechen sind es vor allem, die noch
kaum je von Angehörigen der besitzenden
Klasse vor Gericht zu verantworten waren.
Sie gehören eng zusammen, sind wahrer
„Proletariatsparagrafen“. Es ist
§ 144 (Fruchtbarkeits) und
§ 139 (Kindes mord). Beide schäufen in
rührendster Weise das neue Leben. Freilich
kann es auch vorkommen, daß die vom § 144
bedrohte werdende Mutter gerade durch die
Angst vor diesem Paragrafen zu der noch
schwereren Tat des Kindermordes getrieben
wird. Welche Mütter sind es aber, die fürchten
müssen, daß das Kind sie um die Existenz
bringt, oder deren kümmerliche Existenz das
Aufziehen des Kindes nicht gestattet? Doch
offenkundig nur und ausschließlich Proleta-

Bomben-Explosion in Agram.

Agram, 28. April. (Abala.) In der Nacht auf heute legten drei unbekannte Täter in ein Geschäft des Barbes des Königs Tomislav in Agram fünf Pakete mit Explosivstoffen. Vier Pakete waren tatsächlich zwischen 3.30 und 3.50 Uhr früh explodiert. Doch wäre, wie festgestellt wurde, durch die Explosionen kein Schaden angerichtet worden.

rierrinnen, Frauen der arbeitenden Klasse. Zum Teil treten zu den materiellen Schwierigkeiten noch Gründe seelischer Art. Der Begriff der „Schande“ existiert noch immer, namentlich am Lande, und wird oft mehr gefürchtet, als alles reale Ungemach. Die sozialen Hilfsstellen leisten unstreitig viel, aber sie sind noch weit davon entfernt, alles Notwendige tun zu können. Dazu müßte der Staat ganz andere Mittel beistellen, müßte das zuständige Ministerium ganz anders beruhtigt werden, als es heute geschieht.

Die entsetzliche Serie von fünf Kindesmorden, die im April vor dem Prager Schwurgericht zur Verhandlung kam, hat manchen Einblick in dieses Gebiet gewährt. Ja, es ist ein Proletariatsparagraf, dieser § 139! Das Mädchen aus den besitzenden Schichten gelangt nicht zu ihm. Denn es bedient sich desselben Mittels, welches der § 144 verbietet, nur auf völlig gesetzlichem Wege. Das Zeugnis eines Arztes genügt, um dem eigentlichen „Helfer“ den Rücken zu decken und für wen einige Tausender keine Rolle spielen, dem stehen Sanatorien zur Verfügung, die den Eingriff so weit als möglich seiner Schrecken entkleiden. Man kann sich schwer vorstellen, in welchem ungeheuren Ausmaße Abreibungen nach diesem gesetzlich und medizinisch einwandfreien Verfahren vorgenommen werden. Die Proletarierin muß ihre Zuflucht zur Pflückerin nehmen, muß ihr Leben riskieren und die gesetzliche Strafe dazu. Trägt sie das Kind aber aus, wie der § 144 es befiehlt und unterliegt sie dann nach der Geburt der seelischen Depression, die ihr Hoffnungslosigkeit und Verachtung in den schwärzesten Farben vormalt, in dem Grade, daß sie ihr Kind tötet, so findet sich nicht nur der öffentliche Ankläger ein, um pathetisch im Namen der Gesellschaft Strafe zu fordern, sondern eine skrupellose Presse begleitet mit Beifallgeschrei eine solche Justiz und wagt es als würdige Protomeisterin ihrer kapitalistischen Herren die Volksschlichter im voraus anzuprangern, falls diese dem Gebote der Menschlichkeit und des wahren Rechtes zu folgen geneigt wären.

Die obere Schichte, wie die unteren, die ausgebeutete Klasse, wie die ausbeutende haben im Strafrecht ihre „Reservate“ Gebiete“, und ein Vergleich dieser „Reservate“ sagt uns über das Wesen dieser Gesellschaftsordnung genug. Geo.

Unsere Maiverfammlungen.

Wir verzeichnen im Folgenden die uns bisher gemeldeten Versammlungen. Die am 1. Mai in unserem Organisationsgebiet stattfinden:

Kreis Karlsbad.

- Aisch** nachmittags halb 3 Uhr auf dem Marktplatz. Redner: Genosse Schwarz-Karlsbad.
- Buchau** nachmittags 2 Uhr Gasthof „Weißer Löwe“. Redner: Genosse Vegal-Karlsbad.
- Chodau** vormittags 10 Uhr auf dem Marktplatz. Redner: Abg. Genosse Kap-Hallenau.
- Eger** vormittags 9 Uhr im Garten des Hotels „Volkshaus“. Redner: Gen. Dr. Franzl-Prag.
- Falkenau** nachmittags halb 3 Uhr vor dem Bergarbeiterheim. Redner: Gen. Wondras-Karlsbad.
- Fleiken** nachmittags 3 Uhr auf dem Marktplatz. Redner: Abg. Genosse Müller-Kuffig.
- Graslitz** vormittags 10 Uhr auf dem Marktplatz. Redner: Genosse Palme-Elbogen.
- Hastau** vormittags 9 Uhr auf dem Ortsplatz. Redner: Genosse Lorenz-Aisch.
- Jechwitz** vormittags 9 Uhr im Borchards Hotel. Redner: Genosse Schmidt-Teplitz.
- Joachimsthal** nachmittags 1/2 12 Uhr vor dem Hotel „Volkshaus“. Rednerin: Genossin Gänzl-Karlsbad.
- Kaaden** nachmittags 1/2 3 Uhr im „Schützenhaus“. Rednerin: Abg. Genossin Blatun.
- Karlsbad** nachmittags 1/2 3 Uhr auf dem Seberplatz. Redner: Abg. Genosse Pohl-Teplitz.
- Königsberg** vormittags 10 Uhr auf dem Marktplatz. Redner: Genosse Zacher-Karlsbad.
- Königswart** nachmittags 1/2 4 Uhr auf dem Marktplatz. Redner: Genosse Korb-Eger.
- Lichtenhain** am 30. April, abends 8 Uhr, auf dem Marktplatz. Redner: Gen. Holik-Karlsbad.
- Luditz** nachmittags 2 Uhr im Gasthof „Krone“. Redner: Genosse Tausche-Weitzsch.
- Neudorf** vormittags 10 Uhr auf dem Marktplatz. Redner: Genosse Rader-Neudorf.
- Reichenau** nachmittags 2 Uhr im Hotel „Central“. Redner: Genosse Hein-Karlsbad.
- Platzen** vormittags 10 Uhr auf dem Marktplatz. Redner: Genosse Horn-Karlsbad.
- Pöberitz** nachmittags 2 Uhr auf dem Ringplatz. Redner: Genosse Siegmund-Karlsbad.
- Rohlsdorf** nachmittags 3 Uhr auf dem Ortsplatz. Redner: Genosse Herditschka-Karlsbad.
- Rohrbach** vormittags 9 Uhr auf dem Ortsplatz. Redner: Genosse Schwarz-Karlsbad.
- Schloßeneritz** am 30. April, abends 8 Uhr, auf dem Marktplatz. Redner: Genosse Hopf-Karlsbad.
- Schlagenwald** vormittags 10 Uhr auf dem Marktplatz. Redner: Senator Genosse Palme.
- Weipert** nachmittags 2 Uhr auf dem Postplatz. Redner: Genosse Schuster-Karlsbad.
- Wernerstentz** am 30. April, abends 8 Uhr, auf dem Sportplatz. Redner: Genosse Lorenz-Aisch.

Kreis Teplitz-Romotau.

- Teplitz-Schönan** nachmittags 3 Uhr auf dem Marktplatz. Redner: Abg. Genosse Heinrich Krenker, Jugendgenosse Rudolf Geisler und für die tschechischen Genossen Dr. Leo Winter.
- Dax** nachmittags 3 Uhr auf dem Marktplatz. Redner: Senator Genosse Dr. Karl Heller, Jugendgenosse Rudolf Pöschke und ein tschechischer Genosse.

- Wila** nachmittags 3 Uhr auf dem Marktplatz. Redner: Genosse Johann Vajert, Jugendgenosse Josef Weiß und ein tschechischer Genosse.
- Witz** vormittags 10 Uhr auf dem 1. May. Redner: Genosse Franz Seibel, Jugendgenosse Hans Lang und ein tschechischer Genosse.
- Cherlesensdorf** nachmittags 3 Uhr auf dem Platz des Arbeiterturnvereines. Redner: Genosse Frz. Kschwald, Jugendgenosse Willi Schmidt und ein tschechischer Genosse.
- Brandau** nachmittags 3 Uhr auf dem Platz des Arbeiterturnvereines. Redner: Genosse Josef Moterna.
- Zoboff** vormittags 10 Uhr auf dem Marktplatz. Redner: Genosse Rudolf Hirsch und ein tschechischer Genosse.
- Romotau** vormittags 10 Uhr auf dem Marktplatz. Redner: Senator Genosse Dr. Karl Heller und ein tschechischer Genosse.
- Görkau** vormittags 10 Uhr auf dem Marktplatz. Redner: Abg. Genosse Franz Kaufmann, Jugendgenosse Siegfried Klamit und ein tschechischer Genosse.
- Zaog** vormittags 10 Uhr auf dem Marktplatz. Redner: Genosse Richard Lorenz, Jugendgenosse Josef Zipsler und ein tschechischer Genosse.
- Fohelberg** vormittags 10 Uhr auf dem Ringplatz. Redner: Genosse Johann Uhl und ein tschechischer Genosse.
- Sebatsberg** nachmittags halb 3 Uhr auf dem Marktplatz. Redner: Gen. Hubert Leinsmer.
- Kalich** nachmittags halb 3 Uhr beim Eisenwerk. Redner: Genosse Herold Brumitt.

Kreis Bodenbach.

- Kuffig** vormittags 10 Uhr auf dem Marktplatz. Redner: Senator Genosse Franz Bente.
- Rarditz** vormittags 10 Uhr auf dem Marktplatz. Redner: Genosse Eduard Paul-Kuffig.
- Leisneritz** vormittags 10 Uhr auf dem Marktplatz. Redner: Genosse Josef Brosche-Kuffig.
- Begüßel** vormittags 10 Uhr auf dem Marktplatz. Redner: Genosse Rudolf Hofal, Bodenbach.
- Kujcha** vormittags 10 Uhr auf dem Marktplatz. Redner: Genosse Karl Schwarz, Kujcha.
- Bodenbach** vormittags 10 Uhr auf dem Schulplatz. Redner: Abg. Genosse Josef Schwaibhart.
- Senen** vormittags 9 Uhr auf dem Marktplatz. Redner: Abg. Genosse Ernst Grünauer-Prag.
- Böhm-Ramitz** vormittags 10 Uhr auf dem Marktplatz. Redner: Genosse Heinrich Böhm-Rumburg.
- L. Leipa** vormittags 11 Uhr auf dem Marktplatz. Redner: Gen. Richard Reizner-Bodenbach.
- Paiba** vormittags 9 Uhr in der Turnhalle. Redner: Genosse Cech-Prag.
- Steinböhmen** vormittags 10 Uhr beim hies. Kino. Redner: L. A. S. Genosse Grund-Teisfen.
- Kiemes** vormittags 9 Uhr im Schleggarten. Redner: Genosse Karl Robert-P. Leipa.
- Einlau** vormittags 10 Uhr auf dem Schulplatz. Redner: Genosse Leopold Pöhl-Kuffig.
- Rosenhof** vormittags 10 Uhr in Rosenhof. Redner: Genosse Felix Kontajan-Kuffig.
- Falkenau-Rittitz** vormittags 9 Uhr in Jippes Gasthaus. Redner: Genosse Otto Wallek-Paiba.

- Beckhadt** nachmittags 3 Uhr im Schützenhaus. Redner: Genosse Adolf Wandrejz-Bodenbach.
- Wardorf** nachmittags 3 Uhr.
- Rumburg** nachmittags 3 Uhr im Deutschen Haus. Redner: Genosse Emil Rumburg-Bodenbach.
- Schludena** nachmittags 3 Uhr im Kurhotel. Redner: Senator Genosse Josef Reyzl.
- Schönlunde** nachmittags 3 Uhr im Deutschen Haus. Redner: Genosse Dr. Gabu-Reichenberg.
- Rixdorf** nachmittags 3 Uhr im Deutschen Haus. Redner: Genosse Franz Duffel-Teisfen.
- Kreibitztal** nachmittags im „Felsenkeller“. Redner: Genosse Bayer-Rixdorf.
- Schönborn** mittags 1 Uhr bei Ebrinaphs Gasthaus.
- Georgsvalde** nachmittags 1/2 12 Uhr im Gasthaus „Zum Schieferdecker“. Redner: Genosse Franz Gampe-Rumburg.

Kreis Reichenberg.

- Reichenberg** vormittags 10 Uhr auf dem Theaterplatz. Redner: Genosse Kögler-Bodenbach.
- Freidland** nachmittags 2 1/2 Uhr im Schützenhaus. Redner: Abg. Genosse Anton Kofcher.
- Gablonz a. N.** vormittags 10 Uhr am Neuen Markt. Redner: Professor Genosse Fürstenau-Reichenberg.
- Tannwald** vormittags auf dem Spielplatz in Schumburg. Redner: Genosse Karl Kern-Reichenberg.
- Krasau-Grottau** vormittags 9 Uhr im Schützenhaus. Redner: Genosse Schwarzbach.

Kreis Trautenau.

- Arnau** vormittags 10 Uhr auf dem Ringplatz. Redner: Genosse Emil Pajac-Trautenau.
- Fobelnitz** vormittags 10 Uhr im Schützenhausgarten. Redner: Gen. Franz Krejsl-Trautenau.
- Netzdorf** vormittags 10 Uhr beim Gasthaus Zehel. Redner: Genosse Josef Szobal-Arnau.
- Kochitz** nachmittags 2 Uhr Gasthaus Wähwald. Redner: Genosse Josef Zimmermann-Gablonz.
- Braunau** vormittags 11 Uhr am Ringplatz. Redner: Genosse Rudolf Küßl-Prag.
- Welsdorf** nachmittags 3 Uhr beim Hotel Victoria. Redner: Genosse Karl Gerbrich-Braunau.
- Starkfisch** nachmittags 2 Uhr Gasthaus Rudolf. Redner: Senator Gen. Anton Just-Braunau.
- Trautenau** vormittags 10 Uhr am Ringplatz. Redner: Abg. Genosse Anton Schäfer-Reichenberg.
- Karlsdorf** vormittags 10 Uhr am Schulplatz. Redner: Genosse Robert Pajac-Trautenau.
- Schlaglar** vormittags 10 Uhr am Ringplatz. Redner: Genosse Heinrich Erben-Trautenau.
- Repsdorf** vormittags 10 Uhr (siehe Plakate). Redner: Genosse Haberzettl.

Kreis Landstron.

- Böhm-Trüben** vormittags 10 Uhr am Stadtplatz. Redner: Genosse Franz Tremel-Landstron.
- Geulitz** vormittags 10 Uhr am Stadtplatz. Redner: Landesvertreter Gen. Emil Finer-Landstron.
- Landstron** vormittags 10 Uhr am Stadtplatz. Redner: Sekretär Genosse Richard Schönbauer-Prag.
- Politzschla** vormittags 10 Uhr am Stadtplatz. Redner: Sekretär Genosse Anton Lange-Grüttau.
- Wilschitz** vormittags 10 Uhr am Stadtplatz. Redner: Genosse Anton Siegl-Prag.
- Brüßau**. Für den unteren Teil des Politzschlaer und

Das Dorf der Beschränkten.

Von Herbert Reinhold.

Das Berner Arbeitsvermittlungsbüro für die Landwirtschaft hatte einem Manne Arbeit zugewiesen. Als Saisonarbeiter während der Erntezeit. „Weil Sie uns als fleißiger, zuverlässiger Arbeiter bekannt sind, schicken wir Sie nach diesem Platz. Uebermäßig schwer werden Sie nicht zu arbeiten haben. Einen Lohn erhalten Sie, der weit über dem Bundesdurchschnitt steht. Daß die Verpflegung ausgezeichnet ist, wird Ihnen jedermann sagen können. Godehem, soweit wäre ja alles gut, aber ich halte es für meine Pflicht, Ihnen mitzuteilen — ganz im Vertrauen natürlich — die Leute dort sind etwas komisch... manchmal sogar ein bißchen sehr komisch... Sie sind... Na, Sie werden sich bald selbst informieren können. Beim Ortsoberrhaupt melden Sie sich an. Der wird Sie weiter instruieren... Pfuiot!“ So sagte der Arbeitsvermittler.

Dann war der Mann hinaufgefahren ins Dorf, das oben in einer Jurafenke liegt, in der Nähe des Mont Juraas, 1000 Meter hoch, im Ranton Waadt. Vom Thingplatz hat man einen wunderbaren Blick auf den tief unten liegenden blauen Genfer See, auf die Berge des Berner Oberlandes und des Mont Blanc-Stokes und, wenn man sich umwendet, auf die lange Kette der Jurakalkfelsen, die sich in leichte Hügelketten verlieren. Die Häuser des Dorfes, das einen reichen Eindruck macht, sind bogig-giebelig mit breiten, büdenständigen Schiedereisern. Entgegen der üblichen Waadter Art sind sie in einem Rundling um den Thingplatz gebaut, die Dächer hängen nach der Straße.

Der Mann war beim Ortsoberrhaupt eingetreten. Er war überreicht, im Bürgermeister einen sehr jungen Mann vorzufinden, der oben drein Teffiner Dialekt sprach. Der Bürgermeister musterte ihn eingehend von oben nach unten, als wolle er sein Inneres durchforschen. Der Mann erst bot er ihm Stroh und lud ihn ein, Platz zu nehmen. Und unvermittelt sagte er:

„Sie wollen uns also bei der Ernte helfen. Ueber die Arbeit reden wir später. Ich hoffe,

daß Sie in der Landwirtschaft Weisheit wissen. Es heißt nämlich die Hände rühten. Vom frühen Morgen bis zum späten Abend. In vier Wochen wollen wir das Heu unter Dach und Fach haben. Wir ist mitgeteilt worden, daß Sie Ihre Arbeit verstehen; ich weiß auch, daß Sie zupacken, und ich sehe, daß Sie groß und stark sind. Aber dennoch muß ich Sie fragen: Ihre Nerven sind wohl in Ordnung? ... Bei uns muß man Nerven wie Stride haben, Mann! ... Wissen Sie etwas über unser Dorf? ... Nein? ... Man hat Ihnen gewiß gesagt, daß hier die Leute etwas komisch sind? ... Komisch ist wohl nicht das richtige Wort dafür. Die Bauern hier sind mehr als komisch... hm... wissen Sie... es wird das Beste sein, wenn ich Ihnen reinen Wein einschenke... Ja, es ist besser so... Kurz gesagt, die Leute hier sind ausnahmslos geistig nicht... nun, wie soll man da sagen... sie sind nicht normal! Sie sind etwas beschränkt! Unser Ort ist das Dorf der Beschränkten! Die wenigen Normalen wandern nach und nach ab. Man kann das verstehen... Wie das gekommen ist? ... Sehen Sie, das ist so eine Sache, deren Grundwurzel Jahrhunderte zurückliegt.

Nach den Kämpfen zwischen den Helvetiern und den Welschen siedelten sich hier oben geistliche Welsche an. Anfangs ging alles in Ordnung. Land wurde urbar gemacht und bebaut. Der Boden war fruchtbar. Die Ernten fielen gut aus. Nach und nach wurden die Stöcker wohlhabend und reich... Unser Dorf ist heute noch eins der reichsten des Jura... Da brachen die Religionskämpfe aus. Das ist Ihnen ja bekannt: Die Calvinisten waren die Sieger. Die Katholiken wurden verdrängt nach den südlichen Rantonen, und die Reutheren zogen sich hier und dort fest. Zwischenzeitlich tauchten einige Sekten auf, die Baptisten, die Wiederläufer, die Neupöfiker, die Leute vom weißen Kreuz und andere mehr. In unser Dorf verlor sich einige wessischprechende Anhänger einer dieser Sekten, welcher Sekte sie angehörten, liegt heute nicht mehr fest. Jedenfalls ist das sicher: Sie gewannen die Bauern für sich. Es gelang ihnen aber nicht, anderorts Fuß zu fassen. Das hatte zur Folge, daß sich unser Dorf, das schon wirtschaftlich dank seiner ungünstigen

geographischen Lage abseits stand, auch geistlich isolierte. Infolge der technischen Entwicklung ist zwar die wirtschaftliche Isolierung weggefallen, aber die gesellschaftliche ist geblieben bis heutigen Tages.

Sehen Sie, damals begann es... Das war der Anfang der Kette unangenehmer Ereignisse, das war der Ausgangspunkt des Niederganges eines Dorfes, das wirtschaftlich wohl mächtig und reich blieb, aber gesellschaftlich mehr und mehr zerfällt und schließlich sowohl ökonomisch als auch gesellschaftlich der Auflösung entgegengeht, wenn nicht... Das Schicksal unseres Dorfes ist nicht beispiellos. In Frankreich, in Italien und in Holland sind manche blühende Ort demselben Schicksal entgegengegangen... Wie hat die Regierung nun hierhergeschickt, damit ich unter Wahrung der Bundesgesetze alles dranwende, um das Dorf vor dem Untergang zu bewahren. Das ist keine leichte Aufgabe... Doch das gehört nicht zur Sache... Hören Sie weiter: Die Sektierer hatten einen Prediger mitgebracht, und der herrschte wie ein Despot, wie alle die Feudalherren des Glaubens. Er mußte den blinden Glauben der Bauern und brachte alles Land unter die Fittiche seiner Kirche. Er verbot die Heirat mit Andersgläubigen. Das hatte zur Folge, daß nunmehr nur über den Misthaufen geirret wurde. Bald war das ganze Dorf miteinander verschwägert und verwandt. Schon in der zweiten Generation zeigten sich die Merkmale einer beginnenden Degenerierung. Die Mehrzahl der aus den Verwandenehen hervorgehenden Nachkommen war entweder mit irgend einem körperlichen Gebrechen behaftet oder geistig nicht normal. Es gab Epileptiker, Neurotiker und krankhafte Neurotiker in großer Zahl. Auffällig blieb nur die Erscheinung, daß alle Kranken von besonderer Arbeitslust waren und unter dem Einfluß des Predigers neue Verwandenehen eingingen.

Früher trugen die politischen Wirren viel dazu bei, daß die Regierung diesem Treiben nicht Einhalt gebieten konnte. Und später hätte man Wichtigeres zu tun, als sich um dies kleine Juradorf zu kümmern. Heute, nachdem sich die Sache zu einem Stande entwickelt, möchte man gern gefehermäßig einschreiten, es fehlt aber die Hand-

habe dazu. Wir haben kein Gesetz, das geistig Armen die Heirat unterlag. Wir können auch Verwandenehen dieser Art nicht verbieten. Wir können nur aufklärend und vordringend arbeiten. Und das ist sehr schwer; denn diese beschränkten Bauern haben einen harten Schödel...

Jetzt sind die Sektierer ausgefodert. Die Bauern sind römisch-katholischen Glaubens. Jeder Bauer sagt auf seinem Hof. Er ist so reich wie die Berner Bauern, die bekanntlich die reichsten des Bundes sind... Aber das Prinzip der Misthaufenheiraten wird weiterhin hochgehalten! Sie sind so konservativ... Vielleicht ist der Konservatismus ein Privileg der Beschränkten?

Nun ist Ihnen wohl verständlich, warum wir nur zuverlässige, intelligente und nervenstärkte Leute gebrauchen können. Bei uns ist es umgekehrt als anderswo: Nicht die Herren gebieten über die Knechte, sondern die Knechte über die Herren! Das aber darf nicht plumpe und ungeschick gemacht werden, sondern gefühlvoll und mit Verständnis für unsere kranken Bauern! In unserer Gemeinde ist mit einem demokratischen System nicht weiterzukommen. Hier kann nur einer bestimmen, soll gutes für die Bevölkerung herausbringen. Früher war der Geistliche der Hüter des wirtschaftlichen Wohls; seit einem Jahre bin ich es!

Vermeiden Sie Streitigkeiten und Auseinandersetzungen. Lassen Sie die Bauern ungeden, und handeln Sie nach Guldanken. Lohn erhalten Sie von mir... Sie kommen zum Bauern G... Eine stramme Tochter hat der Godehem ich Ihnen! Sie ist gesund und fleißig, nur etwas träge und umständlich... Sie sind unverheiratet... Wie gesagt, der Bauer ist reich und das Mädel ist keine einzige Tochter... Verheiraten Sie?... Mein Glück zu, Mann! Nach vier Wochen hand der Mann wieder vor dem Schalter des Arbeitsvermittlungsbüros für die Landwirtschaft in Bern. „Sie können sagen, was Sie wollen, es war einfach nicht zum Aushalten dort oben. Nein, ich erzähle nichts! Geben Sie mir andere Arbeit...“, sagte er zu dem Beamten. „Ich verstehe“, nickte der. „Sie sind nicht der einzige.“ Und er wies ihm neue Arbeit an. Bei einem Bauern im Ranton Basel-Land.

Zwittauer Bezirk am 10 Uhr vormittags am Stadtplatz. Redner: Genosse Niska-Zwittan. **Zwittan:** Für die an Zwittau grenzenden Ortsteile des Zeitungsbesitzes und den oberen Teil des Zwittauer Bezirkes um 12 Uhr nachmittags am Stadtplatz. Redner: Abg. Genosse Laub-Brag.

Kreis Südböhmen.

Tepl: Redner: Genosse Walter-Marienbad. **Marienbad:** Redner: Genosse Dr. Schweiß-Brag. **Plan:** Redner: Senator Genosse Stark-Mies. **Lochau:** Redner: Genosse Müller-Lochau. **Wischkau:** Redner: Genosse Schumayer-Utschau. **Wischowitz:** Redner: Genosse Schwandner-Mies. **Ziankau:** Redner: Genosse Zid-Ziank. **Mies:** Redner: Genosse Hofbauer-Brag. **Tschöben:** Redner: Genosse Sala-Moskup. **Pilsen:** Redner: Genosse Köhler-Brag. **Rejštejn:** Redner: Genosse Halbritter-Mies. **Křížovice:** Redner: Genosse Kohn-Brag. **Staab:** Redner: Abg. Genosse Jaffsch-Brag. **Dobruška:** Redner: Genosse Lösch-Mies. **Neumark:** Redner: Genosse Ruppert-Neumark. **Elbenfeld:** Redner: Genosse Zettel-Neumark. **Čáslav:** Redner: Genosse Roršinsky-Čáslav. **Winterberg:** Redner: Genosse Greull-Brag. **Kuhersdorf:** Redner: Genosse Greull-Brag. **Waldau:** Redner: Genosse Kenmann-Teplitz-Schönan. **Oberplan:** Redner: Genosse Paul-Doag. **Krumau:** Redner: Genosse Dinnebiel-Auffig. **Dobruška:** Redner: Genosse John-Auffig. **Kapitz:** Redner: Genosse Denk-Krumau. **Theresienstadt:** Redner: Genosse Japf-Krumau. **Budweis:** Redner: Genosse Japf-Krumau. **Strohitz:** Redner: Genosse Kschenbrenner-Kapitz. **Sudoměř:** Redner: Genosse Kuplent-Pilsen. **C. Plesnice:** Redner: Genosse Kuplent-Pilsen. **Neubaus:** Redner: Genosse Dietl-Brag. **Neubitzitz:** Redner: Genosse Dietl-Brag.

Kreis Prag.

Prag: am 11 Uhr vormittags auf der Schützen-Insel. Redner: Genosse Dr. Strauß.

Kreis Brünn.

Brünn: am 10 1/2 Uhr vormittags am Wilson-Bahnhof. Redner: Genosse Kasišinka-Weilan und Genossin Kadoy. **Zwittan:** am Stadtplatz. Redner: Genosse Abgeordneter Laub. **Wissau:** am 10 Uhr vormittags. Redner: Genosse Niska-Zwittan. **Politzschke:** am 10 Uhr vormittags. Redner: Genosse Lange-Zwittan. **Nährisch-Trübau:** nachmittags. Redner: Genosse Bpal-Brünn. **Jglaun:** vormittags. Redner: Kothex-Brünn. **Imatun:** am 10 Uhr Freizeitsplatz. **Lundenburg:** vormittags. Redner: Genosse Schramel-Brünn. **Ritolsburg:** am 6 Uhr. Redner: Genosse Landfried. **Josowitz:** nachmittags. **Gratzbach:** vormittags. Redner: Genosse Senator Kiehnert. **Blabing:** vormittags. **Saig:** am 3 Uhr nachmittags. Redner: Genosse Schramel-Brünn. **Prachitz:** vormittags. **Frainersdorf:** vormittags. **Richtitz:** vormittags. **Eisgrub:** am 3 Uhr nachmittags. Redner: Genosse Trawantseff. **Heideberg:** am 3 Uhr nachmittags. Redner: Genosse Giesmann. **Göding:** am 10 Uhr vormittags. Redner: Genosse Raug. **Panoram:** am 3 Uhr nachmittags. Redner: Genosse Weisely.

Kreis Olmütz.

Olmütz: 9 Uhr vormittags am Ring. Redner: Gen. Paul Ehrlich, Brünn. **Sternberg:** 2 Uhr nachmittags am Ringplatz. Redner: Genosse Paul Ehrlich, Brünn. **Nähr-Neustadt:** 9 Uhr vormittags. Redner: Gen. Kadoyka, Sternberg. **Giesau:** 2 Uhr nachmittags. Redner: Genosse Grund, Olmütz. **Stefanau:** 2 Uhr nachmittags. Redner: Gen. Julius Weiß, Olmütz. **Ostau:** 2 Uhr nachmittags. Rednerin: Genossin Biskla, Sternberg. **Bären:** 9 Uhr vormittags. Redner: Gen. Grund, Olmütz. **Hof:** 2 Uhr nachmittags. Redner: Gen. Kadoyka, Sternberg. **Waltitz:** 9 Uhr vormittags. Redner: Genosse Schloßnitzel, Sternberg. **Stadtliebenau:** 2 Uhr nachmittags. Redner: Gen. Schloßnitzel, Sternberg. **Kümmersdorf:** 9 Uhr vormittags. Redner: Genosse Fildner, Freudenthal. **Brannitzsch:** 2 Uhr nachmittags. Redner: Gen. Biskla, Sternberg. **Nähr-Schönbürg:** 9 Uhr vormittags am Marktplatz. Redner: Abg. Gen. Häusler. **Rüglitz:** 9 Uhr vormittags am Marktplatz. Redner: Gen. Häusler, Sternberg. **Goldenstein:** 9 Uhr vormittags. Redner: Genosse Leiter, M-Schönbürg. **Freudenthal:** 9 Uhr vormittags. Redner: Genosse Biskla, Sternberg. **Klein-Rohrau:** 2 Uhr nachmittags. Redner: Gen. Fildner, Freudenthal. **Freiwaldau:** 10 Uhr vormittags am Ringplatz. Redner: Gen. Hasenbe-Brag.

Judenau: 2 Uhr nachmittags. Redner: Genosse Bradny, Weidenau. **Schwarzwasser:** 3 Uhr nachmittags. Redner: Gen. Dreßler, Freiwaldau. **Weidenau:** 10 Uhr vormittags. Redner: Gen. On-drella, Freiwaldau. **Indowitz:** 3 Uhr nachmittags. Redner: Genosse Hohenberg, Prag.

Kreis Troppau.

Troppau: 8 1/2 Uhr, Eberling. Redner: Genosse Senator Joll. **Jägerndorf:** vormittags am Rathausplatz. Redner: Genosse Abgeordneter Deeger und Genosse Schner. **Nährisch-Clara:** 9 1/2 Uhr am Rosaryplatz. Redner: Genosse Krawall. **Neu-Tittschke:** 10 Uhr am Stadtplatz. Redner: Genosse Kamler. **Lauchitz:** 7 Uhr abends. Redner: Gen. Kamler. **Wagstadt:** vormittags. Redner: Gen. Dr. Klein. **Wagstadt:** 9 1/2 Uhr, Ringplatz. Redner: Genosse Krawall. **Oberberg:** 9 Uhr, Rosaryplatz. Redner: Genosse Dr. Haas. **Juliet:** 1 1/2 Uhr nachmittags. Redner: Genosse Kamler. **Hillerödorf:** 2 1/2 Uhr nachmittags. Gasthaus Zimmermann. Redner: Genosse Hoffmann. **Stadl-Oberdorf:** 7 Uhr abends. Gasthaus „Erbschäfer“. Redner: Genosse Häbel. **District Poppenplog:** 2 1/2 Uhr nachmittags. Gasthaus Schäfer. Redner: Genosse Kallisch. **Sedlitz:** 4 Uhr nachmittags. Gasthaus Bohreich. Redner: Genosse Weiß.

Genosse Wohl zur Zollunion:

Für eine gesamteuropäische Lösung - aber keine Identifizierung mit dem politischen Teil des Benes-Exposés.

Prag, 28. April. Im Außenamt des Abgeordnetenhauses fand heute die Debatte über die Zollunion im Anschluß an das letzte Benes-Exposé ein. Sie soll morgen zu Ende geführt werden, da Benes dann zu den Beratungen der Kleinen Entente nach Bukarest abreist.

Für unsere Faktion sprach Genosse Wohl. Er unterstrich den gemäßigten Ton des Ministers, betonte, daß auch unsere Partei gegen die Bildung politischer Blöcke und für eine gesamteuropäische Lösung aller Wirtschaftsprobleme sei, verwies aber im übrigen darauf, daß Deutschland und Oesterreich geradezu zur Zollunion gedrängt werden, weil alle junger Konventionen und alles Briand'sche Gerede von Panuropa bisher keine praktischen Erfolge gezeitigt hat und namentlich Oesterreich einfach nicht mehr länger warten kann, wenn es wirtschaftlich nicht zugrunde gehen will.

Redner bedauerte, daß in diese wirtschaftliche Frage viel zu viel Politik hineingetragen wurde, und weist auch offen darauf hin, daß unsere Partei sich mit dem politischen Teil des Exposés, der auf der absoluten Heiligkeit der Friedensverträge aufgebaut ist, nicht identifizieren vermag. Wir sind nie auf dieser Plattform gestanden und tun es auch nicht als Regierungspartei, zumal wir hier völlig mit der Internationale einig sind, die ebenfalls die Friedensverträge nicht als unabänderlich ansieht, sondern ihre Revision fordert. Genosse Wohl führte u. a. aus:

Der Zollunionsgedanke, wie er von Oesterreich und Deutschland aufgeworfen wurde, muß nach seinen Ursachen gewertet werden, und zweifellos haben da diejenigen Kreise recht, die behaupten, daß

die Ursache des Zollunionsgedankens in den unzufriedenenden wirtschaftlichen Verhältnissen Europas zu suchen

ist. Und diese Zustände wiederum haben ihre hauptsächlichsten Ursachen in den Friedensverträgen. Alle Wirtschaftskrisen sind gerufen worden und auf keiner Seite sieht man einen wirklichen Plan zu einer wirtschaftlichen Neuorganisation Europas. Die Weltwirtschaftskonferenz in Genf hat ganz schöne Beschlüsse gefaßt, die nicht durchgeführt wurden, die Frage eines Zollwaffenstillstandsabkommens blieb ungeklärt und auch Briand's Pan-europa-Idee blieb ebenso wirkungslos und wurde von ihm selbst, wie es scheint, nahezu aufgegeben. Wenn es in den letzten Wochen wieder etwas anders geworden ist, so ist dies wohl nicht zuletzt eben auf den Vorvertrag eines Zollpaktes zurückzuführen, den Oesterreich und Deutschland abgeschlossen haben.

Die Rede des Herrn Ministers Dr. Benes unterscheidet sich — das möchte ich betonen — wesentlich von seinen bisherigen Reden nicht nur durch den außerordentlich heftigen und ruhigen Ton, sondern auch durch sein offenes Bekenntnis — wie ich glaube — erst zu neuem Bestreben, die europäische Situation zu klären und zu bessern. Sie unterscheidet sich auch in ihrer politischen Einstellung sehr vorteilhaft von der bisherigen Stellungnahme auch in der Frage des Anschlusses. Und es wäre für die tschechoslowakische Außenpolitik viel besser gewesen, wenn schon seit Jahren zur Aufklarung dieser Standpunkte bezogen worden wäre, den Herr Minister Dr. Benes in seiner letzten Rede fand: Ueber den Anschluß kann nur der Völkerbund entscheiden.

Die Wirkung, die die Zollunionfrage besonders in der aufgeregten Anfangszeit ausgeübt hat, war mehr politischer als wirtschaftlicher Natur.

Bodenstadt: 9 Uhr vormittags, Arbeiterheim, Redner: Genosse Zigarisch. **Gerechtigkeits-Bücherei:** 2 Uhr, Ringplatz, Redner: Genosse Deeger. **Johanneshof:** 2 Uhr nachmittags, Gemeindeamt, Redner: Genosse Richter. **Tschöben-Teichen:** 10 Uhr vormittags, Zehnhäute, Redner: Genosse Fiedler. **Pultitz:** 10 Uhr, Ringplatz, Redner: Genossen Tiz und Sauer. **Wentitz:** 8 1/2 Uhr, Ringplatz, Rednerin: Genossin Joll. **Trzmitz:** Redner: Genosse Jeman. **Frederik-Witzel:** Redner: Gen. Dr. Grändbaum. **Obrau:** 9 Uhr vormittags, Arbeiterheim, Redner: Genosse Ungert. **Spachendorf:** 1 Uhr, Gasthaus Bayer, Redner: Genosse Bolowitz. **Dorfsteigen:** 3 Uhr nachmittags, Gasthaus Erbschäfer, Redner: Genosse Fesell. **Engelswald:** 3 Uhr nachmittags, Gemeindegasthaus, Redner: Genosse Rischmann. **Wentwald:** 9 Uhr, Gemeindegasthaus, Redner: Genosse Wank. **Bodenstadt:** 9 Uhr vormittags, Stadtplatz. Redner: Genosse Zigarisch.

Kreis Slowakei.

Preßburg: Redner: Genosse Dr. Wiener, Prag. **Resmar:** 9 Uhr vormittags. Redner: Genosse Paul, Prag.

Allen Genossen, Genossinnen und Freunden danken wir auf diesem Wege herzlich für die aufrichtigen Beweise inniger Teilnahme.

Familie Elders, Wien.

Solange nicht der Umfang und das Ausmaß der Zwischenschritte bekannt ist, ist eine klare Stellungnahme unsererseits überhaupt schwer möglich.

Zu bedenken ist nur, daß der politische Standpunkt außerordentlich in den Vordergrund gerückt wurde. Es wäre für unsere Volkswirtschaft besser, wenn wir uns auf die wirtschaftlichen Momente, deren es genug gibt, beschränkt hätten.

Wir halten die Wirtschaftspolitik des tschechoslowakischen Staates seit vielen Jahren für nicht richtig. Sie leidet an einer Programmlosigkeit nicht seit heute oder seit gestern, sondern seit vielen Jahren. Es wäre endlich eine entsprechende Orientierung zwischen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen erforderlich. Die Folge davon ist, daß wir in eine gewisse wirtschaftliche Isolation

geraten sind. Ich bin weit davon entfernt, an diesem Verhalten des Herrn Außenminister irgendeine Schuld beizumessen. Wir alle wissen, wie die politischen Machtverhältnisse im Innern des Staates liegen, und da muß es ausgesprochen werden, daß es die tschechoslowakische Wirtschaft auf die Dauer nicht mehr zu ertragen vermag, daß eine Interessengruppe übermächtigen Einflusses ansieht, daß sie mit voller Macht in der Gestaltung der inneren Politik, besonders aber in der Gestaltung der Außenpolitik, insbesondere bezüglich der Handelswirtschaft, auswirkt. Ich spreche unsere Industrie auch nicht frei; auch sie ist aufgebaut auf dem protektionistischen System und nicht auf der Höhe, um ein wirkliches Freihandelsystem einführen zu können. Aber demgegenüber

ist der agrarische Einfluß doch das größere Uebel und das größere Hindernis. Dieses Hindernis zu verringern, muß das Bestreben aller Menschen sein, denen an dem wirtschaftlichen Gedeihen der tschechoslowakischen Republik ernstlich gelegen ist.

Ich möchte nun kurz auf einige Details eingehen. Herr Dr. Benes hat erklärt, daß die Zollunion eine Volkspolitik bedeute. Das ist vollständig richtig. Aber man muß doch darauf hinweisen, daß man überall sagt:

Ja, ist es keine Volkspolitik, was Dr. Benes in der Kleinen Entente unter dem Titel „wirtschaftliche Kooperation“ macht oder will? Das ist ganz dasselbe.

Bezüglich der Frage des Anschlusses möchte ich sagen: Wenn die beiden Staaten Oesterreich und Deutschland in ihrer überwiegenden Mehrheit die Absicht und das Bedürfnis haben, sich zu vereinigen, so wird keine Macht auf der Welt imstande sein, dies auf die Dauer zu verhindern.

Herr Dr. Benes hat erklärt, daß wir auch noch aus dem Grunde gegen die Zollunion sind, weil wir internationale Verpflichtungen respektieren müssen. Er ist hier durch die Mehrheit der Parteien vollständig gedeckt, aber wir können diesen Grundsatze, gegen die Friedensverträge aufzutreten, absolut nicht preisgeben, auch dann nicht, wenn wir in der Regierung sind!

Ich erkläre ausdrücklich, daß das Exposé des Herrn Ministers Benes bezüglich seines wirtschaftlichen Teiles uns in den meisten Fragen vertritt. Es enthält alle Freundlichkeit, alle Gefühlsregung.

Sicher ist, daß das Schicksal der Arbeiterklasse in diesem Staate abhängt von unserer Handelsbeziehungen, daß die ganze Industrieentwicklung vom Export abhängig ist.

Der übermäßige agrarische Einfluß auf die Handelspolitik muß paralysiert werden, und ich sage das nicht ohne besondere Spitze, weil mir scheint, daß der Einfluß unseres Handelsministeriums gegenüber dem Ackerbauministerium ein viel zu kleiner ist, daß das Ackerbauministerium bei den entscheidenden Verhandlungen immer durchzusetzen vermag auf Konto des anderen Teiles der Träger der Wirtschaft, der Arbeiter und Angestellten.

Diese falsche Einstellung unserer Handelspolitik darf nicht weiterleben, wenn die wirtschaftlichen Grundlagen des Staates nicht dauernd erschüttert werden sollen. Wir verlangen Abkehr und Umkehr. Ich weiß nicht, ob Herr Dr. Benes in allem mit seiner Prognose recht behalten wird.

Aber was immer kommen möge: wir wünschen keinen Konflikt in den europäischen Staaten, keine ausgesprochene Nothpolitik, wir wünschen vielmehr eine europäische Regelung des ganzen wirtschaftlichen Komplexes!

In dieser Frage sind wir mit dem Herrn Minister vollkommen einverstanden, aber nicht mit den von ihm aufgezeigten Wegen.

Redner verweist dann darauf, daß unter Außenhandel im letzten Jahr um sieben Milliarden zurückgegangen ist.

Die Arbeitslosigkeit, die in Deutschland doch etwas abgenommen hat, ist bei uns nicht zurückgegangen, ja in den deutschen Gebieten ist die Arbeitslosigkeit weiter gestiegen, sie ist im deutschen Gebiete um ein Drittel größer als im tschechischen Gebiete!

Dafür gibt es verschiedene Ursachen, ein Teil derselben liegt in den geographischen Bedingungen des deutschen Produktionswesens mit vorwiegend Exportindustrie, aber auch in einem gewissen protektionistischen System der tschechoslowakischen Wirtschaft. Die Begegnung von Staatsleistungen ist ein sehr ungerechtes Kapitel. Die deutsche Industrie wird geschädigt, die tsche-

Das Wahtranen, das die Zollunionverhandlungen hervorgerufen haben, war sicherlich — und das ist zu bedenken — zum Teil durch die Form, in der das gefaßt ist, begründet. Auch unsere Partei und weite bürgerliche Kreise waren damit nicht einverstanden! Es hat sich aber gezeigt, daß dieses Europa 18 Jahre nach Beendigung des Krieges noch immer in Besiegte und Sieger eingeteilt wird, daß man noch immer einzelne Staaten unter verschiedenen Bedingungen rechtlicher und wirtschaftlicher Natur verhalten will, von ihrem Eigentum, sich ihr Verhältnis zu den Nachbarn selbst zu bestimmen, keinen Gebrauch zu machen. Und über möchte ich gleich ein Argument streifen, das von fesselt: Wichtigkeit ist auch das Herr Minister Dr. Benes außerordentlich sorgfältig und weit ausgreifend dargestellt hat:

die Einstellung zu Oesterreich.

Was immer Sie über Oesterreich behaupten mögen, an einer Tatsache kommen Sie niemals vorbei, daß das Oesterreich, wie es durch die Friedensverträge geschaffen wurde, ein nicht lebensfähiges Staatsgebilde ist. Da hilft alles nichts.

Wer das heutige Oesterreich mit geschlossenen hat und ihm keinen Ausweg aus seiner wirtschaftlichen Not und Enge zu geben vermag, kann wohl Oesterreich daraus seinen Vorwurf machen, daß es einen Ausweg aus dieser Enge sucht! Ich will davon nicht reden, daß die Zollunion in beiden Ländern nicht auf ungeteilte Zustimmung stößt.

Wir sind für ein Zusammenarbeiten aller Staaten und Völker in Europa, nicht jetzt und sofort, aber doch in absehbarer Zeit. Und wenn die Zusammenarbeit durch die Weltwirtschaftskonferenz, den Zollfriedenspakt und durch Pan-europa zu keinem praktischen Ergebnis führt, so muß man Oesterreich und Deutschland die Möglichkeit lassen, sich nach einem anderen Ausweg umzusehen!

Wir halten dafür, daß dieser Schritt der beiden Mächte Oesterreich und Deutschland sehr geeignet ist, einen Ausweg zu schaffen; er ist das erste Fenster, das aus dem Zolleisengewebe Europa hinausführt!

Es ist auch mit Beziehung auf die tschechoslowakische Einstellung nicht ganz angebracht, der politischen Gründe gegen die Zollunion allzu viele anzuführen.

Wenn ich mich hier in diesem Punkte mit einigen Feststellungen des Herrn Ministers nicht einverstanden erklären kann, aus meiner prinzipiellen Einstellung als Sozialdemokrat, so muß ich vor allem feststellen,

daß sich an unserer Stellungnahme gegenüber den Friedensverträgen nichts geändert hat.

Wir befinden uns hier in Übereinstimmung mit unserer Internationale, die die Revision der Friedensverträge in wiederholten Kongressen verlangt hat. Herr Dr. Benes steht auf dem Boden der Friedensverträge und muß natürlich zu anderen Folgerungen gelangen.

Die Stellungnahme der tschechoslowakischen Republik, soweit die wirtschaftlichen Interessen in Frage kommen, ist natürlich nicht einfach. Die wirtschaftliche Interessenvertretung unserer Industrie und auch unserer Landwirtschaft erfordert schon

ein Eingehen auf den Umfang einer solchen Zollunion und ihrer möglichen Auswirkungen.

Das hat Dr. Benes sehr ausführlich getan und ich kann erklären, daß ich mit einem großen Teil seiner wirtschaftlichen Bedenken vollinhaltlich einverstanden bin. Der Name „Zollunion“ allein reicht zur Beurteilung unserer Stellungnahme nicht aus.

Stille behorragt, und die Folge davon ist, daß wir Bezirke haben, in denen ein Drittel der Bevölkerung und noch mehr unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben! Ja, in manchen dieser Bezirke besteht gar keine Aussicht auf eine eventuelle Besserung.

Ich weiß, daß nicht alles auf das Konto der Handels- und Zollpolitik zurückzuführen ist. Aber die Zoll- und Handelspolitik des Staates muß mit den wirtschaftlichen Interessen in Einklang gebracht werden! Wir sollten fremden Staaten nichts verbieten, sondern uns auf die Verteidigung unserer eigenen Interessen beschränken!

Wir erklären uns einverstanden mit der Meinung Dr. Beneš, daß

kein Zollkrieg ohne Deutschland und ohne Frankreich

möglich sei. Aber wenn der eine oder der andere Staat absolut nicht zu diesem Frieden zu haben wäre, sollen dann die anderen darauf verzichten, das Mögliche zu erreichen?

Die Notlage von hunderttausenden Menschen zwingt zur Umkehr.

Der natürliche Reichtum unseres Staates und der Fleiß seiner Bewohner wird aber durch die heutige Politik zum guten Teil verschüttet, zum Nachteil der Volkswirtschaft, zum Nachteil des Staates, zum Nachteil der Arbeiter, zum Nachteil der Bauern, die unter allen Umständen, ohne Rücksicht auf das Ganze, ihren eigenen Vorteil über das Gesamtinteresse der Wirtschaft stellen! Diese Politik ist schädlich!

Wir verlangen eine Wirtschaft- und Handelspolitik des Staates, die allen Kreisen der Wirtschaft und in der jetzigen Notlage besonders den arbeitenden Menschen gerecht wird. Wir haben volles Vertrauen für die Erfordernisse der Landwirtschaft. Aber so schlecht geht es dem Landwirt nicht, daß er und seine Kinder hungern! In den Reihen der Arbeiter ist dies aber zu Schreckensreden der Fall.

Wenn nun die arbeitenden Menschen an den Staat ihre Forderungen stellen und diese in unzureichendem Maße bewilligt bekommen — es sind ja nur Heller —, dann kommt der „Benkov“ und schreit und sagt: „Das halten wir nicht aus!“ Der Staat ist aber verpflichtet, zunächst dort zu sehen, wo die Not am höchsten und am fühlbarsten ist! Wenn überdies der „Benkov“ sagt, daß die deutschen Bezirke bei den Rohstoffabgaben bevorzugt sind, dann sagen wir: Wir wollen keine Unterstützung für die deutschen Bezirke, aber man gebe Arbeit für die deutschen Arbeiter. Wenn man ihnen aber die Arbeit nicht geben kann, wenn die Arbeitslosigkeit in den deutschen Bezirken größer ist, dann muß die Stellungnahme des „Benkov“ auf das Schärfste zurückgewiesen werden! Die Arbeiterklasse in diesem Staate gehört nicht zu den Nutznießern einer Wirtschaftspolitik. Wenn die bürgerlichen Parteien ein solches Verständnis für die Lage der Wirtschaft, der Banken und der Landwirtschaft und auch für die Bevorzugung der Landwirtschaft haben, dann darf man sich nicht wundern, daß auch andere ihre Forderungen anmelden und in den Vordergrund stellen.

Wir sind im großen und ganzen mit dem Erpel des Herrn Ministers einverstanden. Es am besten politischen Teil und die Konsequenzen, die sich daraus ergeben, daß Minister Beneš rechts auf dem Boden der Friedensverträge steht, wir dagegen nicht. Diesen Teil des Erpels können wir nicht bestimmen. Sonst sind wir damit einverstanden. Ich sehe eine Besserung darin, daß Minister Dr. Beneš in diesem Erpel klar und eindeutig den Willen zum Ausdruck gebracht hat, auf eine europäische Vereinigung der ganzen Frage zu drängen. Ich kann ihn nur bitten, zu beachten, daß die Wirtschaftslage in der Tschechoslowakei und bringt, seine referierte Zielsetzung einzuschließen.

Unsere Wirtschaftsbedürfnisse zwingen uns — wir haben ähnliche Argumente und ähnliche Urdrachen, aus denen heraus Österreich und Deutschland bereits gehandelt haben —, uns für eine Durchsicherung der europäischen Lösung mit aller Kraft einzusetzen!

Goebbels wird zwangsweise vorgeführt.

München, 28. April. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Goebbels ist gestern abends in einem hiesigen Hotel festgenommen und sofort nach Berlin gebracht worden, um zu einem Termin zwangsweise vorgeführt zu werden.

Berlin, 28. April. Dr. Goebbels ist heute früh in das Moabitler Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Es handelt sich bei dieser Festnahme nicht um einen Haftbefehl, sondern um eine Zwangsvorführung, zu der der Reichstag seine Genehmigung erteilt hat. Die Verhandlung wird voraussichtlich schon heute beginnen.

Berlin, 28. April. Dr. Goebbels Anwalt, Rechtsanwält Dr. Kameck, hat beim Vorsitzenden des Gerichtes beantragt, Dr. Goebbels auf Ehrenwort bis Mittwoch früh in entlassen. Die Begründung dieses Antrages rührt sich auf die geistliche Unzulänglichkeit, einen Abgeordneten aus einer Fraktionssitzung heraus zu verhaften. Der Antrag wurde von der Kammer abgelehnt, weil die Münchener Führerversammlung nicht als Fraktionssitzung im parlamentarischen Sinne gelten könne.

Es geht auch ohne Agrarier.

Strahenfond in den Senatsausschüssen gegen den Widerstand der Agrarier angenommen.

Prog. 28. April. Die Aufmerksamkeit aller politischen Kreise war heute auf die Verhandlungen in den Senatsausschüssen gerichtet, wo nach den wochenlangen Verschleppungsmanövern der Agrarier nun schon endlich einmal die so dringend notwendige Vorlage über den Strahenfonds und die Mineralölsteuer verabschiedet und für das Plenum fertiggestellt werden sollten.

Die Vorgeschichte ist bekannt: Der Strahenfonds hatte seinerzeit den Ministerrat und die Parlamentsausschüsse bereits passiert, ohne daß von agrarischer Seite ernste Einwendungen dagegen erhoben worden wären; erst bei den Plenarberatungen im Parlament kurz vor dem Palmsonntag fanden einige Herren auf agrarischer Seite, daß man den Strahenfonds ganz gut zu einer Erpressung ausnützen könne. Weil es im Parlament denn doch nicht mehr ging, verlegten diese Herrschaften das Spiel in der Senat und verhindern hier seit Wochen die endgültige Fertigstellung, obwohl die Verabschiedung der Vorlage vom Standpunkt der Arbeitsbeschaffung äußerst dringlich ist. Offiziell begründeten die Agrarier ihr Vorgehen mit Änderungsanträgen zugunsten der nichtstaatlichen Strahen, in Wirklichkeit geht es dem Herrn Senat und ändern um die Spiritusbeimischung. Diese offene Obstruktion muß sich natürlich in erster Linie gegen den agrarischen Ministerpräsidenten und gegen die anderen drei agrarischen Minister richten, die ja an den Beschlüssen des Ministerrates mitwirkten, wonach der Senat dringendst aufgefordert wird, die Vorlage endlich einmal unüberändert anzunehmen; so war es gar nicht verwunderlich, daß heute im Parlament Gerüchte laut wurden, daß Orszal direkt darauf ausgehe, irgend einen Konflikt mit einer Koalitionspartei vom Zaun zu brechen, um so einen Vorwand zur Demission zu haben, während der eigentliche Grund für seine Amtsmüdigkeit in der Opposition innerhalb seines eigenen Klubs zu suchen sei. Am Abend war die Situation einigermaßen entspannt, so daß die Demissionserüchte wieder verstummten.

Und das Resultat des heutigen Tages für die Agrarier? Eine Blamage, wie sie die größte Regierungspartei sich denn doch nicht hätte leisten sollen.

In drei Senatsausschüssen fanden heute die erwähnten Vorlagen zur Verhandlung, in Abständen von zwei und drei Stunden. Im ersten Ausschuss, dem Verkehrsausschuss, stellten die Agrarier gleich einen Vertagungsantrag mit der Begründung, daß mit der Regierung bezüglich der Vorlagen noch keine weiteren Verhandlungen geführt worden seien; der ursprünglich vom Ministerrat mit der Führung dieser Verhandlungen betraute Minister Dostalek ist plötzlich erkrankt. Die blie-

ben damit aber in der Minderheit, da mit ihnen nur noch die Kommunisten stimmten. Aufsehend hatten die Agrarier wenigstens noch mit der Gefolgschaft der Nationaldemokraten gerechnet, aber diese hielten die Koalitionsdisziplin ein.

Darauf veranstalteten die Agrarier einen feierlichen Exodus: erst verließen die drei tschechischen Agrarier den Saal, dann folgte zögernd auch der Vertreter der deutschen Landwirte. Resultat: Der Ausschuss nimmt einfach in ihrer Abwesenheit beide Vorlagen unverändert an, dazu noch sechs Resolutionen.

Dann kam der Budgetausschuss an die Reihe. Die Agrarier hatten sich wieder eingefunden und blieben sogar im Ausschuss, als auch hier ihr Vertagungsantrag abgelehnt wurde. Dafür brachten sie ihre bekannten Änderungsanträge ein; nach zweistündiger Verhandlung wurden schließlich alle diese Anträge mit elf zu acht Stimmen gegen die Agrarier und Kommunisten abgelehnt und beide Vorlagen unverändert angenommen. Hier leisteten sich die Agrarier sogar das Vergnügen, gegen die Regierungsvorlage bei jenen Paragraphen zu stimmen, deren Abänderung sie durchsetzen wollten. Von den sechs Resolutionen des Verkehrsausschusses wurde hier nur vier angenommen.

Um 7 Uhr abends trat schließlich noch der volkswirtschaftliche Ausschuss zusammen. Hier stand lediglich die Mineralölsteuer zur Verhandlung und hier stimmten die Agrarier zur Abweichung wieder für die Vorlage, die sie zwei Stunden früher im Budgetausschuss noch zum Teil abgelehnt hatten.

Demnach haben beide Vorlagen auch ohne die Agrarier glücklich alle Ausschussschritte passiert. Morgen soll bereits der Bericht im Plenum aufgelegt werden. Nach der Geschäftsverteilung sollte die Aussprache darüber frühestens nach 24 Stunden, also am Donnerstag eröffnet werden. Mit Rücksicht darauf, daß die sozialistischen Senatoren meist schon Donnerstag wegfahren müssen, um am Freitag bei den verschiedenen Ministern zur Stelle zu sein, dürfte sich die endgültige Verabschiedung der beiden Vorlagen also noch in die nächste Woche hinauszuziehen, wo für Dienstag und Mittwoch Sitzungen in Aussicht genommen sind.

Wie sich die Agrarier schließlich noch im Plenum verhalten werden, weiß wahrscheinlich auch heute noch keiner von ihnen. Die ganze Geschichte wachst sich nun aber schon zu einer sehr ernstlichen Kritik im agrarischen Lager auf, wo eben der starke Mann fehlt, der die Macht hätte, den großkapitalistischen Benkov-Mägel der Partei endlich einmal gebührend in die Schranken zu weisen!

Wilkoslos Blutschuld.

Auf Befehl des Königs wurden die Märtyrer von Jaca erschossen.

Die Ehrung, die das spanische Volk während der Anmarschtag den beiden Heiden des Aufstandes von Jaca, den erschossenen Hauptkämpfern Galan und Hernandez, erwies, findet bei den neuen republikanischen Behörden stärksten Widerstand. Auf Antrag der sozialistischen Minderheit hat der Madrider Gemeinderat beschlossen, einen Platz und eine Straße, die bisher monarchistische Namen getragen, nach Galan und Hernandez zu benennen; die Regierung hat Galans Mutter und Hernandez' Witwe und Tochter eine hohe Pension zugesichert und zugleich ein Dekret herausgegeben, wonach die beiden Erschossenen in ihrem militärischen Rang avancieren werden, als ob sie noch immer leben und die Uniform der republikanischen Armee tragen. In den nächsten Tagen wird der Untersuchungsausschuss zusammenzutreten, der die Geheimnisse dieses letzten blutigen Verbrechens der gestürzten Monarchie zu lüften und besonders festzustellen haben wird, woher der Prud kam, der auf das Kriegsgericht von Hueca ausgeführt wurde.

Schon jetzt ist der „Socialista“, das Hauptorgan der sozialistischen Partei, in der Lage, über eine Episode zu berichten, die ihm durch eine hohe Persönlichkeit mitgeteilt worden ist, deren Namen man höchstwahrscheinlich in kurzer Zeit erfahren wird. Diese Episode wirft ein großes Licht auf die Verantwortung der damaligen Minister und vor allem des Königs selbst. „El Socialista“ erzählt folgendes:

Samstag, den 14. Dezember des vergangenen Jahres, während einer Ministerratssitzung, läutete plötzlich das Amtstelephon. Es war kurz vor 12 Uhr 10 Minuten. General Berenguer nahm den Apparat in die Hand.

— Hier der Ministerpräsident. Wer dort?

— Der Generalkapitän von Saragossa.

— Gut, General. Ist das Schnellverfahren in Ende?

— Sowohl. In diesem Augenblick sind die Hauptleute Galan und Hernandez zum Tode, die übrigen Offiziere zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt worden. Dem Wunsch Curer Ergebenheit entsprechend, hat man den Angeklagten jede Möglichkeit genommen, viel zu reden, um gefährlichen Verpönmungen vorzubeugen. Der Hauptmann Galan hat die Ru-

glicher des Feldgerichtes mit scharfen Ausdrücken bedacht.

Gut, entgegnete Berenguer, warten Sie dort, General. In wenigen Minuten werde ich Ihnen den Beschluß des Ministerrates mitteilen, der eben bei einer Sitzung unter meinem Vorsitz verhandelt ist.

Als die Minister das Urteil erfuhren, blieben sie einige Zeit still. Dann meinte der Justizminister, man solle das Urteil mildern, denn die Lage sei schwer. Der Arbeitsminister und ein zweiter Minister erklärten sich mit dem Redner solidarisch. Da erhob sich aber der Wirtschaftsminister Rodriguez de Siqui von seinem Sitz und sprach in sehr energischem Tone:

— Das Urteil muß von der Regierung bestätigt und sofort vollstreckt werden. Man muß den König und die Monarchie retten, die das Höchste sind. Wir sind dazu da. Ich beantrage die sofortige Vollstreckung.

Im selben Augenblick tritt ein Adjutant in den Sitzungssaal ein, der dem Wirtschaftsminister mitteilt, er werde vom Königsschloß aus telefonisch verlangt. Rodriguez de Siqui ging zum Apparat.

— Wir sind gerade bei einer Sitzung, Majestät.

— Was für ein Urteil hat das Feldgericht von Hueca gefällt?

— Todesstrafe für Galan und Hernandez. Die anderen kommen ins Zuchthaus.

— Hat man das Urteil noch nicht vollstreckt?

— Noch nicht, Majestät.

— Worauf wartet ihr?

— Wir müssen zwei oder drei Minister umstimmen, die für eine Begnadigung sind.

— Begnadigung auf keinen Fall! Man muß den Böbel züchtigen. Man muß Blut fließen lassen. Sage Berenguer, er muß meinen Befehlen Folge leisten, ohne zu zögern. Adieu!

Im Ministerrat kam es zur Abstimmung und die Mehrheit entschied für die Todesstrafe. Berenguer ließ sich mit Hueca verbinden und telephonierte dem Generalkapitän:

— Die Regierung Seiner Majestät bestätigt das Urteil des Feldgerichtes. Es muß dringend vollstreckt werden.

Dieser Befehl wurde um zwei Uhr nachmittags erteilt. Vierzig Minuten später wurden die Exekutionen vollzogen.

Es war die letzte, nicht die erste Blutschuld des Königs.

Hand weg!

Volksrichter und Presse — eine prinzipielle Frage.

Wir haben gestern die Tatsache festgestellt, daß ein tschechisches bürgerliches Blatt konsequenter Haltung es für gut befunden hat, nach dem ersten Freispruch in der Serie der Kindesmordprozesse, die Namen der Geschworenen, samt Berufsangabe und Adresse dem Gerichtssozialbericht voranzustellen. Es handelt sich — was im Endeffekt ja keinen Unterschied macht — nicht um vorherige Nennung der Namen dieser Volksrichter, sondern um einen scheinbar harmlosen Bericht, der aber eben durch die am nächsten Tag zu gewärtigende Veröffentlichung der Namen geeignet ist, die rein objektive Einstellung der Geschworenen zu beeinträchtigen. Die tschechische Linkspresse hat sich dankenswerter Weise dieser Sache angenommen. Es ist aber unaußersichtlich, nun die Angelegenheit vom prinzipiellen Standpunkt einer eingehenden Unterfuchung zu unterziehen.

Das Geschworenengericht ist eine Institution, die auf den Vorarbeiten mit Blut erlämpft wurde. Der Gedanke, der ihm zugrunde liegt, wendet sich an einen der höchsten und idealsten Begriffe des Menschen: das angeborene, das natürliche Rechtsempfinden. Menschen sollen als Menschen über Schuld oder Nichtschuld richten, unbeeinflusst durch Vorurteile, Einstellungen und Einflüsse irgendwelcher Art. So hoch wird der Wert dieses Menschentums eingeschätzt, daß die Volksrichter selbst von den Schranken der Paragraphenjustiz nicht beengt werden, denen auch der beste Berufsrichter unterworfen ist. Sie haben nach bestem Wissen und Gewissen zu urteilen, „Schuldig“ oder „Nicht schuldig“, unbekümmert darum, ob nach dem Wortlaut des Gesetzes der „Tatbestand“ erfüllt ist oder nicht. Die Reaktion hat es an hämischen Kritiken des Schwurgerichtes nie fehlen lassen. Davon mocht die Reaktion unserer Zeit keine Ausnahme. Sie ist auf dem Holzweg. Je mehr das soziale Verantwortungsgefühl in den breiten Schichten reift, desto besser wird das Volksgerecht sein. Was man freilich mancherorts nicht gern sieht.

Rechtsanwalt Dr. Milan Preis, dem für seine menschliche und soziale Einstellung zum Problem der „ledigen Mütter“ als Verteidiger der Marie Truhlar jede Hochachtung gebührt, hat die Redaktionen der „Károvní Politika“ benachrichtigt. Allerdings sehr schonend, mit der Begründung, daß die mit Namen und Adresse genannten Geschworenen eventuell „der Sache der Verurteilten“ ausgeliefert wären. Ueberflüssige Sorge! Diese verlassenen „Mütter“ haben niemanden, der sie „rächen“ wollte. Der Grund dieser Namensnennung ist natürlich ein ganz anderer.

Wenn das etwa noch zweifelhaft sein sollte, der möge sich folgende Erwägungen der „Károvní Politika“ zu Gemüte führen, die sie seinen Lesern auf Grund der Kritik des „Právo Lidu“ und des „Ceske Slovo“ beibringt:

„Das Gesetz ist dazu da, um den sozial Schwächsten zu schützen... Dienstmädchen oder Herrin — jede ist Mutter. Mutterschaft ist auf der Welt das Süßste und Schönste...“

Unter den „sozial Schwächsten“ vertritt der Schwächer das Kind. (Es wäre ein ausserordentliches Demütiges, diese Leute über eine richtige Ausdrucksweise belehren zu wollen.) Und was die Züchtigkeit der Mutterschaft anlangt, so wollen wir bloß auf den Gegensatz zwischen der von einem Stab von Gynäkologen umsorgten Kapitalistengattin und diesen Proletariermüttern hinweisen, die am Abort oder bestenfalls im Kabinetteller ihre schwere Stunde erleben. Aber weiter:

— Ist es notwendig, zu morden und zu verlangen, daß die Mörderin ohne Strafe bleibt? Ist das sozial?

Vor allem wäre notwendig, zu verlangen, daß diese Leute das Wort „sozial“ nicht in den Mund nehmen.

Und dann als Hauptfolger:

— Sie (die Geschworenen) urteilen streng, aber gerecht... Die Defizientlichkeit ist ihnen dankbar für ihr Verdikt. Und ihr Gewissen ist ruhig...“

Das versteht sich von selbst! Was aber die „Defizientlichkeit“ betrifft, so muß nachdrücklich festgesetzt werden, daß ein Großteil der Menschen, die immerhin die „Defizientlichkeit“ bilden, sich mit Nachdruck und Abscheu dagegen verhalten, von einem Blatt à la „Károvní Politika“ in diesen pauschalbegreiflichen Gesäsel von dem „strengen Urteil“ führt der Tribüne selbst ad absurdum, da er kurz vorher des Langes und Breiten auseinanderlegt, wie milde doch eigentlich die Strafen für Kindesmord seien.

Der aber noch Zweifel an der Tendenz der Namensnennung der Volksrichter hegen sollte, dem sei das mehr als nahe Eingeständnis der „Kár. Pol.“ vom 28. April zitiert. Das Blatt bezieht sich auf den Gesinnungsgegenstand von den „Károvní Listy“, welche in ihrer Gerichtssozialkritik folgendes schreiben:

„Ein Prager Blatt (nämlich die „Kár. Pol.“ Ann. d. Red.) hat in gerechtem Eifer gegen diese Massentreibung der Mörderinnen eine Kampagne eingeleitet und damit sie wirkungslos gemacht, hat es auch die Namen und Adres-

sen der Geschworenen angeführt. Allerdings...

Im folgenden rückt der nationaldemokratische Bruder schamhaft von der „Nar. Pol.“ ab. Aber will man noch mehr? Man weiß zwar nichts von „Kassensprecher“, aber der Zweck der Namensnennung wird hier klar bekannt:

„Damit sie (die Kampagne) wirkungsvoller sei.“ Und die „Kardui List“ fügen hinzu: „Die Folgen haben sich eingestellt.“

Nun also! Hier ist es Schwarz auf Weiß. Die Folgen haben sich eingestellt. Jawohl, sie haben sich eingestellt.

Wir wenden uns an die wahre Leserschaft. In alle. Wenn noch der Gedanke der wahren Gerechtigkeit heilig ist.

Kann so etwas gebildet werden?

Kann ein Rechtsstaat dulden, daß sich solche Einflüsse auf die Rechtsprechung geltend machen? Und daß man sich noch schamlos, nein, mit Stolz, dazu bekennt?

Die Leserschaft und die berufenen Stellen haben das Wort. Dr. Baumgarten.

Deutsches Alkoholkapital und deutsche Kultur.

Gleich vorweg sei festgestellt: es soll nicht unsere Absicht sein, darüber zu lamentieren, daß der Alkoholkapitalismus keine kulturellen Bestrebungen hat und jedem Versuch, das Kulturleben der Menschen zu vertiefen, entgegenwirkt...

Es trinkt der Mensch, es säuft das Pferd.

Und hier ist's grade umgekehrt.

Man muß sich nur wundern, daß die Befürder des Volkes eine Beschimpfung dieser Art hinnehmen. Ist jeder ein Käufer im alkoholisch gefärbten Sinne des Wortes, der dort verkehrt? Oder sind das die Begriffsverwirrer, welche die Verwaltung den Verbrauchern und „Konsumumenten“ widmet? — Und doch liegt auch in diesen Zeilen ein tiefer Sinn, an dem die Verfasser wohlweislich nicht gedacht haben...

Den schönsten Affen vom guten Bier.

Geht unbedingt in diesem Gasthaus hier.

Na also! Nur hereinspaziert ihr Männer und Frauen, ihr Jungen und Alten. Ganz sicher wirkt der „edle“ Frank. Der Erfolg ist unbedingt ein Affe. In welchem Ergeben möchte wohl ein Psychologe kommen, der den Geisteszustand eines jener Tiere und solcher Berufsdarsteller zu untersuchen hätte? Aber bewundern wir weiter den Reigen deutscher Verse:

Gar Bier geht's dort, wo's immer läuft.

Noch besseres hier,

weil der Bier selbst mit säuft.

Mein Hund frisst keine Schulden mehr.

Trum gib ich auch auf Bump mit nach.

Daß sich der Bier von seinen Lieferanten so charakterisieren läßt, ist eigentlich empörend. Man kann auf Grund dieser Feststellung wohl kaum der Meinung sein, daß sich der Verkäufer oder Käufer selbst so seinen Gästen vorstellt. Aber einen Trost bekommt auch der Durstige. Wenn er schon einen „Affe“ haben oder als „Säufer“ gelten will, dann darf er nicht auch noch pumpen. Ihr armen Hunde, warum ist eure Körperbeschaffenheit nicht so, daß ihr auch von hochstehenden Begriffen (Schulden) leben könnt?

Was sind die Verse in diesen schwarzen Rahmen gegen die Schöpfungen schöngedichteter Dichter! Das Braukapital könnte sich um den Nobelpreis auf diesem Gebiete bewerben. Die Wäre, wenn man sich hier auch auf gewisse Paragrafen beriefe, oder vollziehe sich diese öffentliche Verächtlichmachung der Menschen unter dem Protektorat der behördlichen Beschützer des Alkoholkapitals? Es besteht allerdings auch die Möglichkeit, daß alle denkenden Besucher solcher Gaststätten diese Schilder recht aufmerksam durchlesen und selbst entscheiden, ob sie sich mit der Aufzählung eines Kulturmenschen vereindbaren lassen.

Ultimatum an die Aufständischen auf Madeira.

Lissabon, 28. April. Der Marineminister hat als Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Regierung, die mit der Unterdrückung der Revolte auf Madeira beauftragt sind, ein Ultimatum an die Revolutionäre gerichtet, in dem er sie auffordert, sich bis 5 Uhr nachmittags zu ergeben. Sollten sie dieser Aufforderung nicht nachkommen, so würden die Streitkräfte des Heeres und der Marine nach Ablauf der Frist die Operationen ohne weitere Vorankündigung eröffnen.

Nazi-Musterland Thüringen.

Die Zinsnechtheit unter Frids Mitregime gewachsen!

Zeit Herr Dr. Frid als persönlicher Vertrauensmann Hitlers in Thüringen mitregierte — Hitler hatte ihn aus Bayern nach Thüringen dirigiert! — verkündeten die Halunkenregler immer wieder, daß Thüringen ein Musterland geworden sei. Herr Frid sagte bei seinem Amtsantritt den Beamten, daß er in das „schöne Land Thüringen“ gekommen sei, um die nationalsozialistischen Grundzüge in die Wirklichkeit umzusetzen. Wie das geschah, darüber ist ja allerhand bekannt geworden: Kopfsteuer, Abbau republikanischer Beamten, Einsetzung von Halunkenreglern an allen zugänglichen Stellen, Protektions- und Klüngelwirtschaft allerorten; mit Recht hat kürzlich eine bürgerliche Zeitung bemerkt, daß keine Partei sich über das „Parteiunwesen“ derart das Maul zerrißen habe wie die Nazis und daß dabei keiner Partei in dem Maße wie den Nationalsozialisten der Mißbrauch der Staatsgewalt zu persönlichen und Parteizwecken nachgewiesen werden könnte. Sie treten überall mit dem Heißruf „Kampf der Volkswirtschaft“ auf den Plan, um dann ganz schamlos die Staatsverwaltung in den Dienst ihrer persönlichen Zwecke zu stellen. Herr Frid hat dann in dem „schönen Lande“ die Museen „säubern“ wollen, er hat seine berüchtigten Jaggebete in den Schulen eingeführt, hat das Nationaltheater, an das sich das Andenken an die klassische Periode Weimars knüpft, zum halunkenreglerischen Versammlungsort erniedrigt, den Museentempel also in einen Souffläter verwandelt, und als er damit Thüringen vor aller Welt lächerlich machte, riß endlich seinen Koalitionsgenossen die Geduld und sie setzten ihm den Stuhl vors bayerische Tor, durch das er gekommen war. Für dieses Stück darf das Land Thüringen nun dem noch recht tüchtigen Herrn Frid, dem der Krieg nichts anhaben konnte, weil er ihn in der Stuppe verlor hat, eine Pension von einigen tausend Markern vielleicht durch Jahrzehnte zahlen.

Die Nazi oder haben während der Epoche Frid mit Vorliebe Thüringen alle Vorzüge eines Musterlandes angepöbeln. Die Regierung Baum-Frid habe das Land in der größten finanziellen Bedrängnis übernommen und es binnen kurzer Frist seiner Schulden entledigt. Die Nazi legten, obwohl Frid selbst nur Schul- und Innen-, nicht aber Finanzminister war, natürlich großen Wert darauf, in Thüringen die Zinsnechtheit gebrochen zu haben. Das verschuldete Thüringen soll sich unter des Rasministers Ägide seiner Schuldnechtheit entzogen und die Schulden abgedeckt haben. Wie es in Wahrheit mit diesem Agitationsvorschlag bestellt ist, zeigt ein Artikel der „Frankfurter Zeitung“, in dem ausgeführt wird:

„Keine Säuden mehr? — Im Gegenteil. Seit Jänner 1930 — Regierungsantritt der Koalition Baum-Frid-Köhner — sind die Schulden Thüringens von 120 Millionen auf 128 Millionen gestiegen.“

Etat: der Haushaltsplan 1930/31 war zwar auf dem Papier ausgeglichen, am Ende des Rechnungsjahres aber findet sich ein ungedecktes Defizit von 6 Millionen. Der Etat 1931/32 ist im Voranschlag wiederum ausgeglichen, jedoch findet sich im außerordentlichen Haushalt ein ungedecktes Defizit von 27,63 Millionen, das aus einer noch zur Verfügung stehenden Anleiheermächtigung — also neue Schulden! — gedeckt werden soll.

Steuern: Thüringen führte die Kopfsteuer unter dem Titel „Verwaltungskostenbeitrag“ schon lange vor Erlaß der für das Reich geltenden Direktiven für die Bürgersteuer ein. Die auf Grund der Reichsvorschrift zu senkenden Realsteuern wurden in Thüringen um 30 Prozent weniger gekürzt als in den anderen deutschen Ländern. Sie wurden um so viel weniger gekürzt, weil man einen Teil des für die Steuerentlastung zur Verfügung

stehenden Betrages zur erstmaligen Abdeckung der wiederum gestiegenen schwebenden Schuld verwenden muß.“

Der Beamtenabbau sei, führt die „Frankfurter Ztg.“ weiter aus, in Thüringen keineswegs nach sozialen Gesichtspunkten durchgeführt worden. Der Unterschied von den anderen Ländern bestehe lediglich darin, daß Frid außer den aus Ersparungsgründen abgebauten Beamten noch eine Reihe Beamten aus politischen Gründen abgesetzt und durch Nationalsozialisten ersetzt habe, so daß dem Lande eine Doppelausgabe erwachse: für die Gehälter der neuen und für die Pensionen der abgebauten Beamten. Der Hauptschlag der Nazis war aber der berühmte „Gehaltsverzicht“ Dr. Frids. Wie sieht es damit aus?

„Schließlich der Gehaltsverzicht“ Dr. Frids. Wir haben ihn schon früher beleuchtet: Dr. Frid bezog als thüringischer Minister insgesamt über 20.000 Mark (100.000 K); nämlich Gehalt 16.000, Wohnungsgeld 2100, Aufwandsentschädigung und Kinderbeihilfen 2000 Mark. Er verzichtete — übrigens genau so wie sein Kollege Baum — lediglich auf 3000 Mark „Sonderzuschuß für doppelten Haushalt“. Als kürzlich dieser „Verzicht“ wieder einmal im Landtag besprochen wurde, wandte sich ein Abgeordneter gegen das Wort Verzicht: Wenn ein Minister aus privaten Gründen seine Familie nicht an den Regierungsort kommen lasse, obwohl das Land ihm Wohnung oder Wohnungsgeld zur Verfügung stelle, so habe er keinen Anspruch auf den Sonderzuschuß für doppelten Haushalt und könne deswegen auch nicht auf ihn verzichten. Ein Regierungsvertreter erklärte diesen Einwand für unberechtigt. Zur Frage von Dr. Frids Gehalt und Pension ist noch folgendes festzustellen: Im Frühjahr 1930 wurde mit Unterstützung der Nationalsozialisten ein Ministerialerlass verabschiedet, durch den das Gehalt der thüringischen Minister von 15.000 auf 16.000 Mark erhöht wurde! Im April 1930 wurde ein weiteres Gesetz verabschiedet, das Herrn Dr. Frid, und Herrn Dr. Frid allein, im Falle der „Dienstunfähigkeit infolge Krankheit“ — sonst war nur vorgesehen — „infolge Unfalls im Amt“ — eine Pension zusicherte. Dieses Sondergesetz wurde damit begründet, daß Dr. Frid nicht, wie es erst hieß, für die Zeit seiner Ministerialtätigkeit in Thüringen aus dem bayerischen Staatsdienst beurlaubt worden sei, sondern daß er seinen Absicht habe nehmen müssen. Recht stellt sich heraus, daß Dr. Frid bei Übernahme des thüringischen Innenministeriums sich in Bayern nicht nur nicht hat verabschieden lassen, sondern sich vielmehr vom bayerischen Staat folgende Rücksicherungen heranzuziehen in seiner Ausstellberechtigung in den bayerischen Staatsdienst, Unwiderrücklichkeit seines (bayerischen) Dienstverhältnisses, Antrennung seiner thüringischer Ministerzeit auf den bayerischen Staatsdienst.“

Ein Muster von Ungegenwärtigkeit, dieser bayerische Apostel, der in das schöne Thüringen kam, um ihm Verlegenheiten und Blamagen zu bereiten und nach einjähriger Tätigkeit mit einer stattlichen Rente in seine bayerische Heimat zurückzufahren!

Das Musterland selbst aber? Hoffentlich erhält es sich vor den Folgen des nationalsozialistischen Experiments, von dem durchaus gilt, was die „Frankfurter Ztg.“ zum Schluß ihres Artikels sagt:

„Land ohne Schulden? — Es liegt kein Grund vor, an der Finanzgebarung des in Thüringen verantwortlichen Ministers Baum schärfere Kritik zu üben als an der seines Kollegen in anderen deutschen Ländern. Um so notwendiger ist es, die schwindelhafte Propaganda der Nationalsozialisten, ihre Mitregierung habe Thüringen von seinen Schulden befreit, als das was sie ist, nämlich nicht und hat als Schwindel aufzuzeigen.“

Kleinbauernnot in Italien.

Was der Faschismus den Bauern versprochen und was er gehalten hat.

Nicht weniger als 22 Millionen Menschen, also mehr als die Hälfte der italienischen Bevölkerung, sind in der italienischen Landwirtschaft beschäftigt. Das zeigt ihre überragende Bedeutung für das Land. Von der um gut ein Drittel größeren Bevölkerung Deutschlands arbeiten nur 16 Millionen in der Landwirtschaft.

Immerhin hat sich in keinem Land der Großgrundbesitz, der schon in den alten Römerzeiten so gehäuft und besiedelt „Latifundien“ besaß, so stark erhalten wie in Italien. Das hat zur Folge, daß der größte Teil jener 22 Millionen Menschen dem Landproletariat angehört. Gerade ihm hat der Faschismus viel versprochen, aber wenig gehalten. Er brüht sich so viel mit seinem „revolutionären“ Geist und Auftrieb. Aber an die einzig entscheidende Revolution hat er sich nicht herangewagt. Er tut es heute noch weniger als sonst. Die wirklich revolutionäre und notwendige Tat wäre die Zerstückung des übermächtigen Großgrundbesitzes, der in gar zu wenigen Händen vereinigt ist, zugunsten des kleinen Bauern. Denn noch ist das Verhängnis, daß es in den meisten und reichsten Ackerbauprovinzen im Gegensatz zu allen anderen Ländern nicht einmal einen selbständigen Bauernstand gibt.

Alle italienischen Kleinbauern sind verlassene Landproletarier. Sie stehen im Dienste des großen Grundbesitzers, der in der Stadt ein reiches Leben führt und seinen Landbesitz von einem anderen verwalten läßt. Der

Generalpächter oder auch der Eigentümer nimmt Halbpächter, Kolonen genannt, für jede paar Hektar Landes in seinen Dienst. Diese Methode der Landwirtschaft, die noch aus dem Mittelalter der Feudalherren stammt, nennt man mit dem italienischen Ausdruck, dem zugehörig, der in der Welt dafür besteht, da die Sache wirklich einzigartig ist, „Mezzadria“. Das ist eine Art Halbpacht. Sie kommt dadurch zum Ausdruck, daß das Land und alles, was darauf an lebendem oder totem Inventar vorhanden ist, Viehbestand, Pferde, Haus und Geräte, dauernd Eigentum des Großgrundbesitzers bleiben. Eine Landarbeiterfamilie erhält so viel Grund und Boden zur Pacht für je ein Jahr, als sie ohne fremde Hilfe bebauen kann. In den meisten Fällen sind das etwa 20 Hektar. Aber sehr oft, besonders bei Edelkulturen, ist das zugewiesene Land auch weit geringer. Der Lohn für diese Halbpächter besteht darin, daß sie sich für ihre Verpflegung alles Notwendige aus dem Erntertrag nehmen können und außerdem die Hälfte von dem Reingewinn erhalten. Bringt also die Ernte, nach Abzug aller Kosten, einen Reingewinn, dann erhält der Kolone die Hälfte. Wird Vieh, das dieser Arbeiter aufzieht, höher verkauft als der Einstandspreis ist, dann bekommt der Kolone die Hälfte von dem Reingewinn, nicht etwa die Hälfte des Verkaufspreises. Und so fort. Zu den Kosten muß der Halbpächter natürlich zur Hälfte beitragen, auch zu den Vorauszahlungen. Er kann also nicht ganz so arm sein wie die meisten Tagelöhner auf dem Lande mit ihrem überaus geringen Löhne von durchschnittlich etwa zwei Mark

Vom Rundfunk.

Empfehlungswertes aus den Programmen. Donnerstag.

Prog: 11.15 Schallplatten, 12.30 Mittagskonzert, 16.30 Violinsonaten, 18.15 Deutsche Sendung, Dr. Kouda: Belehrende Bücher, Dr. Fiedler: Landwirtschaftliche Praktikum a. d. Gute Dr. Jagers, Unterhalten, 18.30 Deutsche Einführung in das Rastprogramm d. komm. Woche, 19.25 Mandolinisten und Gitarrenensemble, 21 Orchesterkonzert. — Brunn: 11.15 Schallplatten, 16.30 Violinsonaten, 20 Opernabend a. Prog. — Mähr, Ötzen: 11 Schallplatten, 15 Leichte Schallplatten, 17.55 Musik für aromatische Hormonika. — Freiburg: 11.30 Schallplatten, 17.30 Vocal-Konzert, 21-22 Zur Feier des 1. Mai, Feierabend d. Arbeiterakademie f. d. Elmsfeld. — Ansprache: A. Chodla, 2. Lied der Arbeit, Chor 3. Der erste Mai, Szene, 4. E. Kocubitz: Begrüßung, 5. Fr. Komjara: Motette, 6. G. Speerhoff: Trinkspruch a. d. Zukunft, 7. Chorlieder, 8. W. Dietz: 1. Mai (Ebenende Welt 1929), 9. W. Kocubitz: In die Arbeit, Brüder, 10. G. Speerhoff: Lied der Arbeit, 11. Chor, 12. 3. Wolfer: Ballade von den toten Augen des Heizers. — Königsberg: 18.25 Bläser-Kammermusik. — Leipzig: 20. Saxier von Sebilla, Oper von Rossini.

täglich. Aber er kann fast nie ein selbständiger Bauer werden, auch wenn seine Familie diese Jahrzehnte hindurch das gleiche Stück Grund und den gleichen Boden treu bearbeitet hat.

Dieser Zustand offenbart die große Tragödie des italienischen Bauernstandes, der nie sein Eigentum nennen darf, was er erst aus seiner Hände Arbeit wird, der immer gewärtig sein muß, daß ein neuer Pächter oder neuer Grundherr ihn, von einem fünfjährigen Kündigungsstermin zum andern, von seinem Grund und Boden jagt. Selbst dann, wenn er sich Generationen hindurch im ganz besonders günstigen Fall — er ist selten genug — so viel erspart hat, daß er sich das Stück Land, auf dem er aufgewachsen ist und das er liebt, kaufen könnte, so wird ihm das fast immer mit voller Absicht unmöglich gemacht. Denn es besteht eine Art nicht einmal heimliche Verschönerung unter den großen Herren, den Kolonen das von ihnen bearbeitete Land nicht zu verkaufen, sondern nur im ganzen den Besitz zu verkaufen, damit diese Halbpächter nicht übermäßig werden und glauben, sie könnten das Land der großen Herren einmal doch in ihren Besitz bringen.

Aus all diesen seelischen und wirtschaftlichen Bedingungen heraus waren die italienischen Kleinbauern die ersten, die sich der großen Landarbeiterbewegung anschlossen und die Güter der Großgrundbesitzer in den Jahren 1920-22 besetzten. Sie wollten das von ihnen bearbeitete Land endlich zu ihrem Eigentum haben, waren sogar bereit, es bei einigermaßen günstigen Bedingungen zu bezahlen. Anfanglich schien der Faschismus, wenigstens solange er noch nicht an der Macht war und in der Landarbeiterbewegung Anhänger suchte, die Kleinbauern zu unterstützen. Ähnlich wie die deutschen Nationalsozialisten jetzt in der deutschen Bauernschaft Propaganda mit falschen Versprechungen treiben, bald aber waren es die faschistischen Scharen, die diese landhungerrigen Halbpächter im Dienste der Großagrarien mit Gewalt von ihrer Sehnsucht heilen und sie in ihre „gottgewollten“ Schranken der ewig beschlossenen Landarbeiter zurückwies. Im tiefsten verbittert mühten die Kleinbauern der Gewalt weichen. Ihre Sehnsucht nach eigenem Grund und Boden blieb weiter unerfüllt. Sie müssen, auch wenn es ihnen materiell etwas besser geht als den zum Hungern verurteilten Tagelöhnern, weiterhin im Landproletariat bleiben.

Jetzt soll das Grundgesetz der „Mezzadria“, jener geschichteten Halbpacht, vom faschistischen Ständestaat sogar neu bestätigt und juristisch abgesichert werden. Statt landwirtschaftliche Kreditkassen zu bilden, die eine Siedlung kleinen Bauernbesitzes ermöglichen und fördern, statt die Kleingüter aufzuteilen und mit staatlicher Hilfe in kleinen Grundbesitz zu verwandeln, hat die gesunde Sehnsucht jener halbpächterigen Kolonen nach eigenem Grund und Boden zu stärken, werden sie auf lange hinaus verstimmt, wird die Kette des Halbpächtertums noch fester geschmiedet. Für die Millionen italienischer Kleinbauern gibt es auf absehbare Zeit kein Weiterkommen, gibt es niemals einen eigenen Familienbesitz, auch wenn sie sich noch so abschaffen. Sie können sich Generationen hindurch alles vom Munde absparen und werden noch nie Bauern auf dem Grund und Boden, den sie zum Gedeihen gebracht haben.

Die Lage der italienischen Kleinbauern charakterisiert den Faschismus, wie er ist. Er hat viel versprochen, insbesondere den Ärmsten der Armen in der Arbeiterschaft Hilfe zugesagt, solange er nicht an der Macht war. Als er die Macht antrat, hat er nichts gehalten. Und unsere deutschen Faschisten? Was sie mit ihren italienischen Freunden gemein haben ist das große Minderwert, ist die wüste Propaganda mit ihren endlosen Versprechungen. Was sie es dank dieser Agitationsmethoden und der Unruhe großer Bevölkerungsschichten schließlich zu 107 Abgeordneten im Reichstag brachten, als sie Gelegenheit hatten, auf 197 Mandatsstimme gestürzt, etwas für den Arbeiter und Landproletariat im Reichstag zu tun und zu schaffen — das rücken sie aus. Ihre Versprechungen waren vergeblich und werden vergeblich bleiben, wie ihre italienischen Bundesgenossen niemals daran gedacht haben, ihr Wort gegenüber den Ärmsten in Stadt und Land wahr zu machen. Und das ist nationalsozialistisch, ist faschistisch.

Tagesneuigkeiten.

Fürchterliche Katastrophe in einer Magdeburger Fabrik.

Viele tote Arbeiter.

Magdeburg, 28. April. Heute morgen ereignete sich aus bisher noch nicht geklärter Ursache in der Zigarinenfabrik Kahler, List & Co., in Magdeburg-Ost eine schwere Explosion, die ein Großfeuer zur Folge hatte. Nach den bisherigen Ermittlungen sollen neun Arbeiter sofort getötet und neun weitere schwer verletzt worden sein. Die Schwerverletzten wurden sofort ins Sündenburger Krankenhaus eingeliefert. An ihrem Aufkommen wird gezweifelt. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Ein würdiger Kronzeuge der Herikalen Moral.

Kürten und die „Zerstörung der Familie.“

Die Herikalen und hakenkreuzerischen Mörder, die fortwährend über die „Zerstörung der Familie“ jammern, befinden sich in der besten Gesellschaft. Kein Geringerer als der Massenmörder Kürten hat sich in seiner letzten Rede vor Gericht zu der Weltanschauung bekannt, die hierzulande von der „Deutschen Presse“ und vom „Tag“ vertreten wird. Er sagte:

„Die von mir bezagangenen Taten sind bereit absichtlich und ich verabsichere sie so sehr, daß ich nicht einmal den Versuch wage, sie in irgend-einer Form zu entschuldigen. Aber mancher bitterer Stachel weht doch in meinem Herzen zurück, so wenn ich daran denke, daß ein Doktor Wolf in Stuttgart und eine Ärztin von gewissen Schichten des Volkes sezieren werden, obwohl sie in einem halben Tausend Fällen ihre Hände mit Blut besudelt haben. Aber ich will nicht anklagen, vielmehr wollte ich Ihnen nur sagen, was in meiner Seele vorgeht. Professor Stoll irrt, wenn er glaubt, daß das Milieu dem ich entstamme, nicht ausschlaggebend gewesen ist für die Entwicklung, die ich genommen habe. Ich kann nur bedauern, daß so viel und so mannigfaltig an der Zerstörung der Familie gearbeitet wird. Ich denke da in der Hauptsache an die Brauerereien und Brennerereien und an die Propaganda der Religions- und Gottlosen früher und jetzt.“

Das hat der Herrste der schälimsten Auswüchse und die größten Gefahren noch gar nicht kennen gelernt. Was würde er dazu sagen, wenn ihm ein Teil des „Schulkaumpfs“ zu Gesicht käme, der in der „Deutschen Presse“ jeden Anstoß von Sündenverwirrung hervorgerufen hat, in dem Grundgedanke herrlichen Willkomm finden und ihre Aufnahme mit mildredenden Umständen zu beschreiben ist! Und er wäre einer Meinung mit der „Deutschen Presse“, daß der Mord des Herrn Kürten ein langjährig gehegtes Bedürfnis entspricht und nur die Opposition zu bedauern sei, der er in den Kreisen aller normal empfindenden Menschen begegnet. Mit einem Wort — wäre es nach dem menschlichen Todesurteil wegen Mordmordes nicht zu spät — so könnte Herr Kürten einer der ausgelebtesten Mitarbeiter der „Deutschen Presse“ werden!

Kürten.

Von Hebeo.

Er war von Geburt Mörder und lebte sein Leben so, wie die Natur in einer festsamen Laune ihrer schöpferischen Phantasie es ihm zu leben gebot. Am allgemeinsten unterschied er sich nach außen in nichts von den Menschen seiner Umgebung, aber in gewissen Momenten gewann ein dunkler Trieb, der stets in seiner Seele schlummerte und dem er keine Hemmungen entgegenzusetzen hatte, Macht über ihn. Dann stand einer seiner Mitmenschen und Kürten genok einen festsamen Mittel, der ihm als das einzig Erstrebenswerte seines Daseins erschien. Sein Leben wurde lebenswert durch den Tod jener, die von seiner Hand starben.

Sein Morden ist, so unglaublich es sein mag, trotz seines umfassenen Geschäftnisses über jeden Zweifel erhaben. Er tötete mit derselben Leichtigkeit, mit der andere Leben erzeugen und offenbar mit derselben Willkür. Man könnte fast sagen, es tötete aus ihm. Jener dunkle Trieb, der seine Seele beherrschte und ihn zu dem machte, was er ist, dem festsamen normalen Irren, der vor dem Richter statt vor den Juristen steht, war Kürtens Schicksal. Er ist ebenso unschuldig an dem Morden seiner Hände wie Casanova an seinen Abenteuer und das Genie in seiner Produktivität. Er dachte nicht, wenn er tötete, aber mit der ganzen Schläuheit des wahren Irren verberg er die Tat. Die festsame konsequente Logik seines kranken Geistes war jener der gefundenen Dime seiner Widersacher genau um soviel überlegen, als der Unterschied zwischen krankem und gesundem Geiste beträgt. Er genügte, seine Taten solange mit Erfolg in geheimnisvolles Dunkel zu hüllen, bis er, dem die Konfession zur Gewohnheit wurde, in einer aus krankhafter Vagantweie geborenen Laune die ganze schmutzige Wäsche seines Lebens ans Tageslicht zerzte.

Er geht mit einer Aufregung, die ihm den Galgen höher und sein Geschäftnis in umfassen-der, als es seine Richter verlangten. Er geht mit derselben Leichtigkeit, mit der er mordete und sich selbst mit dem Mantel bürgerlicher Sündenlosigkeit umgab. Alles in allem liegt in seinem Ge-

Die Schallplatte verdrängt das Buch.

Alle Instrumente werden lebendig. — Die Musikgeschichte mit Schallplattenanhang. — Das tonende Verbrecheralbum.

Die Schallplatte, einst halb Luxus- halb Experimentiergegenstand, erobert sich in unseren Tagen ein neues Anwendungsgebiet nach dem anderen. Aus der reinen Amüsieratmosphäre ist sie schon längst heraus. Ihre Todeberklärung, als der Rundfunk äppig ins Kraut schoß, hat sie ohne weiteres überflüssig gemacht. Ein Drittel aller Rundfunkdarbietungen sind heute Schallplatten-Übertragungen.

Die Rolle der Schallplatte ist schon längst erkannt worden, bevor es ihre eigenen Propheten wahr haben wollten. Das bekannte, man kann fast sagen, berühmte Schallplattenarchiv der Preussischen Staatsbibliothek ist während des Krieges gegründet worden, als in den deutschen Besatzungsländern alle Bücher der Welt verdrängt waren. Eine nie wiederkehrende Gelegenheit, fremde und seltene Platten auf Schallplatten anzuhören, ebenso fremde Musik und Gesänge. Daß die Aufnahmetechnik noch nicht so vollkommen war wie heute, schadet nichts. Als Beweis dafür können die alten Gramophone dienen, die in unseren Tagen aufs herzlichste aufgeführt worden sind, als wären sie elektrisch aufgenommen.

Diesem musikalischen Wert der Schallplatte hat auch das Deutsche Museum in München erkannt. In der Abteilung „Musik“ dieses Museums soll jedes Instrument die entsprechende Schallplatte beigegeben werden. Im Deutschen Museum sind sehr seltene, ja auch ausgestorbene Instrumente vertreten und es mag es ein eigenartiger Genuß sein, auf Wunsch etwa eine Bachfagottflöte oder eine rumänische Sirenschalmei ertönen zu hören.

Das Reichspostmuseum in Berlin ist dem Deutschen Museum in München in der Ausführung noch eine Weile voraus. Es war schon lange die Absicht des Leiters dieses Museums, Direktor Jacob, etwas von den schönen Posthornsignaletten für Gegenwart und Zukunft zu retten. Das Posthorn ist bekanntlich mit der Postkarte, beide zusammen am Auto gebunden.

In der Halle der Flugzeug- und Luftschiffmodelle wird man noch eine weitere Sensation erleben können. Aus dem Geistesreich wird plötzlich die Stimme des toten Großen Juppelins ertönen, so klar und deutlich, als sähe er mitten unter uns. Die Platte, die im Jahre 1908 besprochen wurde, ist eine Karikatur. Sie sollte im Jahre 1908, als Graf Juppelin nach dem Unglück bei Echterdingen Geld für ein neues Luftschiff sammelte, als Geschenk für einige große Spender dienen und ist nur noch in diesem einem Exemplar vorhanden. Nach dem Geschehen Juppelin wird man Hauptmann Köhl vernennen können, der eine kurze Schilderung seines mit Hühnerfeld und Ährnartie unternommenen Olympiades geben wird.

In einer anderen Abteilung sollen alle möglichen lebenden und toten Verbrechen der Verbrechenwelt zu Worte kommen, Flieger, Gelbrochener, Ingenieure und Erfinder, Kommende Generationen werden so das Glück haben, die toten Pioniere einer neuen Zeit zu hören.

Diese rein musikalische Seite und Verwendung-

haben die gleiche Verwendung, die das Leitmotiv seines Lebens war.

Bermutlich wird er herben, wie er lebte. Kalt und gleichgültig, mit der unmöglichen Seite des Irren, den die Gesellschaft für einen Verbrecher hielt, weil sie sein Verbrechen nicht erkannte und den sie an den Galgen, statt ins Irrenhaus brachte.

Ziehung der Klassenlotterie

100.000 K:	93.063.
50.000 K:	6015.
20.000 K:	17.269, 42.488.
10.000 K:	28.946, 53.857.
5000 K:	9383, 18.558, 23.358, 23.981, 29.162, 33.589, 36.763, 52.556, 51.773, 56.917, 58.812, 64.206, 65.848, 73.461, 67.682, 91.752.
2000 K:	405, 1232, 2849, 5798, 9632, 10.574, 12.783, 14.140, 17.090, 18.051, 18.479, 19.689, 20.985, 21.648, 23.469, 27.095, 32.510, 33.929, 34.113, 35.622, 38.631, 39.193, 41.582, 41.991, 42.920, 44.043, 44.727, 47.481, 49.494, 50.081, 50.331, 53.158, 54.536, 54.909, 57.345, 58.423, 58.818, 59.770, 61.299, 61.658, 63.393, 64.200, 64.572, 68.967, 73.564, 74.689, 79.711, 81.613, 83.124, 88.228, 88.673, 88.960, 89.788, 90.632, 91.695, 92.545, 95.596, 96.350, 98.072.

Maschierter Räuber.

Gablonz, 28. April. Heute vormittags verhaftete ein maschierter Mann einen Raubüberfall in dem Klassenzimmer der Filiale der Kreditanstalt der Deutschen in Josefstadt bei Gablonz. Als ein Beamter den Kassenraum betrat, trat er hier einen maschieren Mann an. Der Beamte griff sofort nach dem Revolver, den er zufällig in der Tasche hatte. Im gleichen Moment rief aber der Unbekannte zwei Revolver heraus und richtete sie auf den Beamten der hinter die Tür des Klassenraumes sprang. Einem dort befindlichen anderen Beamten gelang es, die Vorübergehenden von dem Vorfalle zu verständigen. Darauf ergriff der Räuber die Flucht und entkam in den nahen Wald, ohne daß er seinen Plan zur Ausführung bringen konnte.

Verarbeitertod. Auf der Grube „Hermengilde“ in Schlesisch-Ostau entfernte sich der Arbeiter Josef Hajla für eine Weile von der Arbeitsstelle. Später wurde er gesucht, und man fand ihn bewußtlos in einem abseitsliegenden Stollen. Alle Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos. Hajla wurde durch Gas vergiftet.

möglichst der Schallplatte kann man bis ins Unendliche erweitern. Die Rolle, die die Schallplatte binnen kurzem in der Schule spielen wird, soll hier nur kurz gestreift werden. Fast alle höheren Lehranstalten haben heute schon eine stattliche Anzahl von pädagogischen Schallplatten, die besonders beim Sprachunterricht eine große Rolle spielen.

Der sogenannte „sprechende Brief“, das heißt also eine keine selbstgesprochene Platte, wird sich bald die ganze Welt erobern haben. In den Berliner Kaufhäusern betritt man zu diesem Behufe eine kleine Kabine, spricht in einen Trichter 150 bis 200 Silben und nimmt zehn Minuten später eine kleine unzerbrechliche Schallplatte in Empfang, die genau so viel wiegt, wie ein gewöhnlicher Brief. Der Empfänger hat nichts zu tun, als diese Schallplatte auf einen gewöhnlichen Sprechapparat zu legen, die bekannte oder sogar beliebige Stimme wird ertönen und ein solcher Brief, das man wohl nicht erst beweisen werden, wird allemal ein ganz anderes Erlebnis sein, als ein geschriebener.

Daß die Schallplattenindustrie ebenso ein gutes Geschäft werden wird, steht fest.

Eine große englische Musikgeschichte hat in ihrer neuesten Ausgabe fast auf alle Rollenbeispiele verzichtet. Dafür kehrt sie ein paar Dutzend Schallplatten in einer besonderen Mappe mit und ermdet es damit auch dem Laien, der kein Instrument spielt, sowas an anschauliche Musikgeschichte zu treiben. Edgar Wallace, der Unermüdlche, bespricht eine doppelte Schallplatte mit einer spannenden Kriminalgeschichte und soll damit ausgezeichneten Erfolg haben. Und — in wach hohem Maße die Politik von der Schallplatte Gebrauch macht, haben die letzten Wahlen bewiesen, wo fast alle bekannten Parteiführer Platten besprochen und sich damit manche Reize erspart haben. Die Sozialdemokratie war es, die als erste die Bedeutung der Schallplatte für die Agitation erkannte.

Aber es gibt noch ein Anwendungsgebiet, das sich in zunehmendem Maße der Schallplatte erschließt. Das ist die Kriminalistik. Das Verbrecheralbum der Zukunft wird nicht nur Fingerabdrücke und genaue Persönlichkeitsbeschreibungen enthalten, sondern auch die Stimme des Verbrechers. Und damit ja keine Täuschung möglich sein wird, indem ja ein Gauner seine Stimme gefälscht vertischen kann, wird daneben noch die sogenannte „Stimmurkunde“ aufgeführt und die kann niemand verfälschen, genau so wenig, wie man seinen Damenabdruck verändern kann. Das Geständnis eines Mörders wird, ohne daß er es weiß, auf die Schallplatte gebannt, und wenn er nachher, vor dem Richter seine eigene Aussage bestreitet oder verändern möchte, dann wird zu seinem heßen Entsetzen plötzlich seine eigene Stimme ertönen und ihn vor den Geschworenen lägen lassen. Insbesondere die Stimmen der Jungstroläher, der Kapitalverbrecher, der großen Hochstapler, wird man sammeln.

Wird nun noch jemand aufstehen und behaupten wollen, daß die Schallplatte tot sei?

H. O.

Der Rückgang der Baukäuflichkeit. Nach den vorläufigen Ergebnissen der vom Statistischen Staatsamt durchgeführten Erhebung wurden in 76 größeren Städten der Tschechoslowakei im Vorjahre 3182 (i. J. 1929 3924) Umlagerungsbauten und 5733 (7760) Neubauten folandiert und 145 (301) Häuser abgetragen. Im Jahre 1928, in dem die Baukonjunktur ihren Gipfelpunkt erreicht hat, betrug der Neuzugang 10.000 Bauten, im Jahre 1929 hat er sich um 25 Prozent auf 7459 Häuser verringert und im Jahre 1930 um weitere 25 Prozent auf 5588 Häuser. Durch diese Bauten wurden für das abgelaufene Jahr 23.557 (im Jahre 1929 27.665) Wohnungen gewonnen und dagegen nur 716 (1339) Wohnungen abgetragen, bzw. angeschlossen; infolgedessen hat sich die Erstellung von Wohnungen nicht um einen so hohen Dunderstap vermindert, wie es bei den Neubauten der Fall war. Der Neuzugang an Wohnungen, der im Jahre 1928 34.815 betrug und im Jahre 1929 um ein Viertel kleiner war, ist im Vorjahre auf 22.811 Wohnungen gesunken, d. i. gegenüber dem Jahre 1929 um 12,6 Prozent. In Prag allein aber beträgt der Neuzugang an Bauten nach der vorläufigen Erhebung bloß 91 Häuser (um 58,1 Prozent weniger als im Jahre 1929) und der Neuzugang an Wohnungen 7163 (um 31,4 Prozent weniger als im vorvorigen Jahre).

Ein großes Ehepaar verbrannt. In der tschechoslowakischen Gemeinde Javor Duta im Bezirke Tschechien sind bei dem Brande einer Dütte der 78jährige Peter Denantow und seine Frau in den Flammen umgekommen. Der Brand brach in der Nacht aus, so daß die beiden alten Leute von der Katastrophe im Schlafe überrascht wurden.

Falsche Blindenfremde. In der Rußland-Region treibt sich wieder ein Vertreter des Verbandes der arbeitsenden Blinden mit Seife herum, der unter Vorpiegelung falscher Tatsachen gute Geschäfte macht. Die offiziellen Stellen der öffentlichen Blindenfürsorge haben schon wiederholt auf diese Art „Blindenfürsorge“ aufmerksam gemacht und ein energisches Einschreiten gegenüber solchen Leuten gefordert, die aus der Not der Blinden ein gutes Geschäft machen, dessen Ertrag jedoch nicht den bedürftigen Blinden zugute kommt. Es ist daher dringend notwendig die Bevölkerung aufzuklären und aufmerksam zu machen, daß sie diesen „Teufelsdienern“ die Türe weist. Nähere Auskünfte erteilen gern

Sieben Vergleute verschüttet.

London, 28. April. (Neuer.) In den Kohlengruben unweit der Stadt Runcaton in der Grafschaft Warwickshire stürzte eine Stollenmauer ein und begrub sieben Vergleute. Vier davon waren auf der Stelle tot.

Der Verein Deutsche Blindenfürsorge oder die Direktion der Deutschen Blindenschule, beide in Lüftung.

Trogödie im Stundenhotel. Aus Dim ü b wird gemeldet: In einem hiesigen Absteighotel kam es gestern morgens zu einer aufregenden Szene, die tragische Folgen nach sich zog. Der Privatbeamte Josef Brande aus Lin hatte in Gesellschaft der J. Bodschow ein Zimmer in dem Hotel genommen. Nach einigen Minuten entstand zwischen dem Paar ein heftiger Streit. Brande beschuldigte das Mädchen, es habe ihm seine Brieftasche mit 100 K gestohlen, doch das Mädchen bestritt weinend jeden Diebstahl. Als der Hotelbesitzer in das Zimmer einrang, eilte das Mädchen aus dem Zimmer, lief in das Portierere und sprang dort aus dem geöffneten Fenster auf die Straße, wobei es sich trotz der geringen Höhe beide Hüfte brach. Sie wurde in das Krankenhaus gebracht.

Ein Luftballon bleibt in den Drähten einer Hochspannungsleitung hängen. Sonntag voruntags stieg in Braunschweig ein Ballon mit vier Reisenden an Bord auf, der durch den Wind zur Erde abgetrieben wurde, die er unterhalb des Wittemberg nach 2 Uhr überflog. Die Reisenden des Ballons wollten auf der Ebene bei Cunnlosen landen. Da aber die Biese zur Zeit unter Wasser steht, warfen sie den Ballast ab, so daß der Ballon wieder hochstieg und die Strecke der Lüneburger Bahn überflog. Hinter der Bahn blieb er mit dem Anker in den Zweigen einer Eiche hängen. Er wurde durch den Wind im Boden gedrückt und fiel direkt auf die Drähte einer Hochspannungsleitung von 15.000 Volt, in denen sich der Nord des Ballons verfangen. Sofort trat Kurzschluss ein, dem eine Feuerzunge folgte. Zum Glück zerrissen jedoch die Drähte, der Ballon sank zu Boden, so daß die Reisenden in ein Haar dem Tode entgingen.

In dem Nord in Wolfgruben wird mitgeteilt, daß der Knecht Ernst Edenhofer aus Stadl bereits ein Geständnis abgelegt hat. Edenhofer hatte erfahren, daß die Ausgebirgerin Kathingbauer das Geld für eine verkaufte Kuh im Hause aufbewahrt hatte und beschloß, sich dieses anzueignen. Er hatte sich in der Nacht auf Sonntag in das niedrige Ausgebirgerhäuschen der Kathingbauer eingeschlichen. Als die Frau durch das Geräusch aufschreckte und erschreckt aus dem Bette sprang, zog Edenhofer sein langes Messer und schloß sie in der Hals. Ein Blutstrom brach hervor, da die Halsschlagader durchschnitten worden war. Das Blut spritzte auf den Täter und dieser, vom Grauen erfaßt, floh, ohne sich nach dem Verbleib anzusehen. Edenhofer, der im Vorjahre bei der Kathingbauer als Knecht im Dienst stand, war mit den örtlichen Verhältnissen wohl vertraut. Ueber den Mord von Wasserjuppen konnte Edenhofer vorläufig nicht verhört werden, da er noch dem Mordgeständnis vollständig unzugänglich war.

Brandstiftung in Wasserjuppen. Dienstag um drei Uhr morgens wurden die Bewohner von Wasserjuppen durch Feuer-Rufe aus dem Schlafe gefahren. Ehe sich die Leute richtig besannen, fanden bereits zwei Bauernhöfe in hellen Flammen. Durch den herrschenden starken Wind begünstigt, breitete sich das Feuer rasch aus, so daß in kurzer Zeit sechs Bauerngehöfte von den Flammen erfaßt wurden. Es gelang, den Brand auf diese sechs Anwesen zu beschränken und ein weiteres Umsichgreifen zu verhindern. Vollständig niedergebrannt sind vier Wirtschaften einschließlich Stallungen und Scheuern, sowie das Wohngebäude einer Gastwirtschaft und das Wohnhaus eines Landwirtes. Menschenleben sind glücklicherweise nicht zu beklagen. Als Ursache des Großfeuers wird Brandstiftung vermutet und die Gendarmerie hat bereits die Erhebungen in einer bestimmten Richtung ausgenommen.

Gymnastiken als Mörder. In Bukarest schossen zwei elfjährige Gymnasten auf einen Chauffeur, dessen Auto sie für eine Fahrt nach austwärts gemietet hatten, und verübten ihr Opfer zu übermäßigen und zu berauben. Der Chauffeur konnte sich jedoch frei machen, die Butschen nach Bukarest zurücktransportieren und festnehmen lassen. Die Täter haben ihre Mordabsicht eingestanden.

Autounfall eines tschechoslowakischen Legationssekretärs. Der Legationssekretär der tschechoslowakischen Gesandtschaft in Warschau, T. F. Bielek, erlitt während einer Autofahrt nach dem Kurort Wilanow bei Warschau einen Unfall. Das Automobil, in welchem sich der Legationssekretär befand, verfuhrte bei einer Straßeneigung einem aus entgegengekehrter Richtung kommenden Radfahrer anzuhängen und stürzte dabei in den Straßengraben. T. F. Bielek erlitt ernste Verletzungen.

Segelfluggelord. Auf dem Dörnberg bei Rastel stellte der Polizeioberleutnant Hentschel einen neuen Segelfluggelord auf, in dem er sich elf Stunden und eine Minute in der Luft hielt. Der Flieger erreichte eine Höhe von 900 bis 1000 Metern. Der letzte Segelfluggelord wurde mit 9 Stunden 21 Minuten über der Wasserkuppe aufgestellt.

